

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16. und 17. Sitzung**
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2008/2009
vom 19. Januar 2009

von 16.15 bis 18.30 und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: Y. Beutler (SP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Abendsitzung: A. Dauru (SP), J. Würgler (SP), M. Stauber (Grüne)

 Beide Sitzungen: Ratspräsident W. Langhard
 U. Fischer (EVP), R. Isler (SVP), M. Zeugin (GLP),

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft

Nr.	Nr.	
1.*		Protokoll der 10./11. Sitzung vom 27. Okt. 2008
2.*		Wahl eines Mitgliedes der Aufsichtskommission anstelle der zurückgetretenen B. Günthard-Maier (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
3.*	09/002	Ersatzwahl eines Mitgliedes der Vormundschaftsbehörde Winterthur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 (DSO)
4.*	08/109	II. Nachtrag zur Abfallverordnung betreffend Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour (DB)
5.*	08/059	Begründung des Postulats P. Rütimann (FDP) betreffend Aufwertung des S-Bahnhofs Grüze (DB)
6.*	08/008	Begründung der Motion D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch (DB)
7.*	08/030	Begründung des Postulats U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum (DB)
8.*	08/047	Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe (DB)

- 9.* 08/015 Beantwortung der Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend (DB) Kontrolle der Holzheizungen
- 10.* 06/094 Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard Fitze (EVP) und M. Schwager (SP) betreffend seniorenfreundliche Stadt
- 11.* 08/031 Begründung des Postulats R. Werren (FDP) und U. Dolski (CVP) betreffend (DSU) Spucken in der Öffentlichkeit
- 12.* 08/061 Begründung des Postulats W. Badertscher (SVP) und P. Rütimann (FDP) (DSU) betreffend Grünphasen auf Hauptverkehrsachsen
- 13.* 07/087 Beantwortung der Interpellation B. Gruber (SP) betreffend Schulbehördenreorganisation (DSS)
- 14.* 07/078 Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP), St. Schär (SVP), R. Kleiber (EVP), S. O'Brien (Grüne) und M. Stutz (SD) betreffend Stärkung der Kreisschulpflegen (DSS)
- 15.* 07/108 Beantwortung der Interpellation St. Schär (SVP) betreffend Lagebeurteilung der Volksschule in Winterthur (DSS)
- 16.* 08/006 Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Schwimmsport in Winterthur (DSS)
17. 08/056 Begründung des Postulats B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger (DSS) (SP) und U. Dolski (CVP) betreffend pflegende Angehörige
18. 08/005 Beantwortung der Interpellation O. Seitz (SP) betreffend Bauteilbörse - ein (DSS) ökologisches Arbeitsintegrationsprojekt
19. 08/007 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) und O. (DSS) Seitz (SP) betreffend Suizidprävention

* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet zu Beginn der Abendsitzung statt)

Es liegen nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

1. B05/139 de la Fuente geb. Guerrero Sandra Patricia, geb. 1975, kolumbianische Staatsangehörige
2. B07/157 Halili geb. Ademi Sulltone, geb. 1967, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
3. B07/162 Rusiti Vaid, geb. 1960 und Ehefrau Rusiti geb. Emini Fatime, geb. 1956, mit Kind Argend, geb. 1995, mazedonische Staatsangehörige
4. B08/010 Milosavljevic Miroslav, geb. 1955, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
5. B08/144 Ganiji geb. Veselji Hajrije, geb. 1986, mazedonische Staatsangehörige
6. B08/161 Demiri Mehrum, geb. 1977, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
7. B08/199 Ahmeti Isuf, geb. 1973 und Ehefrau Ahmeti geb. Qehaja Artina, geb. 1978, mit Kindern Hysen, geb. 2003 und Sami, geb. 2008, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

8. B08/200 Braunhofer Peter Götz Alfred, geb. 1958, deutscher Staatsangehöriger
 9. B08/201 Erol Nurcan, geb. 1969, mit Kindern Bayraktar Yesim, geb. 1990, Bayraktar Yasemin, geb. 1995 und Bayraktar Yagmur, geb. 2000, türkische Staatsangehörige
 10. B08/202 Görmez geb. Özdemir Ümüt, geb. 1982, türkische Staatsangehörige
 11. B08/203 Jaksic Miodrag, geb. 1968 und Ehefrau Jaksic geb. Jovancevic Zeljana, geb. 1977, mit Kind Sofija, geb. 2006, kroatische Staatsangehörige
 12. B08/204 Janevski Ivica, geb. 1977, mazedonischer Staatsangehöriger
 13. B08/306 van Westendorp Annick, geb. 1993, niederländische Staatsangehörige
 14. B08/339 Jeylani Barka, geb. 1960, somalische Staatsangehörige
-

Vizepräsidentin Y. Beutler entschuldigt Ratspräsident W. Langhard und übernimmt die Leitung der Ratssitzung. Sie begrüsst zur 16. und 17. Sitzung des Amtsjahres 2008/2009.

Fraktionserklärungen

Ladensterben

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion hat mit Freude in den Medien gelesen, dass das Gewerbebiotop auf dem Lagerplatz weiter leben kann. Das ist und bleibt eine Bereicherung für die Stadt Winterthur. Ebenso hat die Fraktion mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat in Sachen Verkehr, trotz der Abfuhr durch den Bund, an der Süd/Ost-Umfahrung festhält, dafür kämpft und zugleich nach alternativen Lösungen sucht. Zu gleicher Zeit musste die CVP aber zur Kenntnis nehmen, dass das Ladensterben, es betrifft vor allem Fachgeschäfte, vor Winterthur nicht Halt macht. Im Gegenteil – das Sterben grassiert. Eine Boutique an der Stadthausstrasse muss aus finanziellen Gründen nach 42 Jahren Schliessen. Das Fachgeschäft Straub schliesst nach 25 Jahren, an den Schaufenstern der Bijouterie Goldige Egge prangen riesige Lettern – Totalausverkauf. Dafür sind wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Die CVP-Fraktion bedauert diese Entwicklung, die nichts Gutes verheisst. Die Frage, was jetzt nachkommt, wird zu Recht gestellt. Hoffentlich nicht noch mehr Billigläden, die die Stadt kaum aufwerten und Anonymität vermitteln sondern Geschäfte, die die Altstadt attraktiver und interessanter machen, die einladen zum Einkaufen und zum Verweilen. Was macht der Stadtrat gegen diese Entwicklung? Wie kann er das Sterben aufhalten und damit Arbeitsplätze retten? Fachgeschäfte sind im weitesten Sinn auch ein Kulturgut der Stadt. Dieses Gut muss geschützt werden.

Stadträtin V. Gick: Nachdem der Stadtpräsident nicht anwesend ist, möchte sie gerne einige Worte zur Stadtentwicklung sagen. Der Stadtrat beobachtet sehr genau was in der Altstadt passiert. Ein guter Mix von Einkaufsläden und Klein- und Mittelbetrieben ist ganz wichtig. Der Stadtrat versucht durch Stadtentwicklung und Standortförderung zu erreichen, dass die Qualität der Einkaufsläden in der Altstadt erhalten bleibt. Generell ist es dem Stadtrat nicht nur ein Anliegen neue Unternehmungen nach Winterthur zu bringen sondern auch mit den ansässigen Firmen im Gespräch zu bleiben und ihnen durch gute Dienstleistungen das Fortkommen möglichst zu erleichtern. Dem Stadtrat sind aber auch Grenzen gesetzt. Wenn Ladenlokale in der Stadt frei werden, verhandelt der Stadtrat mit den Eigentümern damit ein möglichst qualitätvoller Nachfolger gefunden werden kann.

Verkehrspolitik

P. Rütimann (FDP): Seit der letzten Ratssitzung ist Winterthur zweimal vom Bund für die überkommunale Verkehrspolitik getadelt worden. Zuerst hiess es, dass die Planung der Entlastungsstrasse Oberwinterthur und der tiefer gelegten Oberen Vogelsangstrasse unsinnig sei. Zur Entlastungsstrasse Oberwinterthur heisst es: Kosten/Nutzen unverhältnismässig. Nicht dargelegt haben diese Massnahmen eine Gesamtlösung zur Optimierung der Verkehrsverhältnisse. Tiefer gelegte Untere Vogelsangstrasse: Kosten/Nutzen ungenügend, keine plausiblen Beiträge zu einer dauerhaften Gesamtlösung. Das waren die wesentlichen Aussagen zum motorisierten Individualverkehr des regionalen Gesamtverkehrskonzepts. Damit kann Winterthur dieses Konzept eigentlich archivieren. Fünf Tage später ist ein zweiter Bericht eingetroffen – nämlich das Programm „Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz“ für das der Bund 5,5 Milliarden ausgeben will. In der Region Winterthur plant der Bund den Ausbau der West-Umfahrung auf 6 Spuren und den Ausbau auf 4 Spuren der Strasse Winterthur Nord. Das heisst, 4 Spuren führen von der A1 von St. Gallen her nach Winterthur, 4 Spuren von der A7 aus dem Thurgau und 4 Spuren Weinlandautobahn führen ebenfalls nach Winterthur und von Winterthur führen 6 Spuren weiter. Das bedeutet, dass auf unabsehbare Zeit weiterhin mit Staus gerechnet werden muss. P. Rütimann ist kein Autofan. Er macht sich Sorgen um die Verkehrsplanung in Winterthur.

Was hat die Stadt an Verkehrsplanung zum überkommunalen Verkehr zu bieten? Winterthur wird eine A1 mit 6 Spuren im Westen der Stadt haben. Es heisst, der Verkehr soll umwelt- und stadtentwicklungsfreundlich werden. Trotz 6 Spuren wird es aber Staus geben. Bei Westwind werden Emissionen und Lärm in Wülflingen zu spüren sein. Winterthur wird weiterhin keine Vorteile von der A1 haben. Für Oberwinterthur wird es keine Entlastungsstrasse geben. Was heisst das? Seit dem Jahr 2002 gibt es einen Verwaltungsgerichtsentscheid in dem es heisst: An sich ist das Zentrum Oberwinterthur eine verkehrsmässige Belastung. Solange die Stadt versucht eine Lösung zu finden, solange kann man weiterhin in Oberwinterthur bauen. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird dort nicht mehr gebaut und es findet keine Stadtentwicklung mehr statt. Offensichtlich hat der Stadtrat dieses Thema unterschätzt. In seinen Leitlinien sind keine Aussagen zum überkommunalen Verkehr zu finden. Nicht zuletzt hat Winterthur offenbar weder in Zürich noch in Bern Freunde. Es geht darum, dass die Freunde von Winterthur mobilisiert werden – in der Verwaltung in Zürich und in Bern. Das beginnt beim Regierungsrat. Der Rot-Grüne Stadtrat müsste doch Beziehungen zu Bundesrat M. Leuenberger haben, die er nutzen kann. Das funktioniert offensichtlich nicht. Im Kanton hat Winterthur wenig gute Freunde. Trotzdem muss die Stadt versuchen ihre Politik durchzusetzen. Winterthur ist immerhin eine Grossstadt und hat eine eidgenössische Bedeutung für die Verkehrspolitik. Der Verkehr auf der A1 kann nicht durch den Langsamverkehr ersetzt werden. Der Verkehr ist da und die Stadt muss damit umgehen und zwar so, dass die Stadt auch in 20 Jahren ihre Verantwortung wahrgenommen haben wird. Es braucht natürlich Zeit. Aber die Stadt hat jetzt 7 Jahre lang Erfahrung sammeln können. In diesen 7 Jahren hätte man mehr machen können. Ein Projekt braucht 15 Jahre bis es umgesetzt ist. Nicht zuletzt wird der Ausbau der A1 nicht das Ende sein. Bei dem Verkehrsaufkommen wird sich der Verkehr weiterhin stauen – auch wenn die A1 auf 6 Spuren ausgebaut wird. Es gibt nur eine Lösung, die für Winterthur verkehrstauglich ist. Das ist die Süd/Ost-Umfahrung. Das klingt vielleicht nach Ladenhüter. Das ist es aber nicht, wenn man langfristig denkt. Die Süd/Ost-Umfahrung kann unterirdisch geführt werden und das Tösstal, das Eulachtal und das Zentrum Oberwinterthur können angeschlossen werden. Das ist kein Balsam für moderne Ohren. Die Stadt muss aber mit dem Verkehrsaufkommen umgehen. Letztlich sind die Ratsmitglieder und der Stadtrat für die Realpolitik verantwortlich. P. Rütimann bittet den Stadtrat sich in dieser Vernehmlassungsrunde stark für die Süd/Ost-Umfahrung einzusetzen und nicht zu resignieren. Der Stadtraum ist definiert und hat sich in den letzten Jahren nicht verändert und es wird keine neuen Lösungen geben. Es gibt nur eine gewisse Anzahl Optionen.

Stadtrat W. Bossert: Tatsächlich hat der Bund die beiden Papiere zum Agglomerationsverkehr und zur Engpassbeseitigung veröffentlicht. Es steht nicht das drin, was Winterthur erwartet hat. Aus dem Agglomerationsfonds sollten ca. 20 Millionen nach Winterthur fliessen.

Dieser Betrag fliesst im Wesentlichen in den Langsamverkehr, in den öffentlichen Verkehr und in die Verflüssigung des Verkehrs auf dem bestehenden Strassennetz. Das ist soweit gut. In Bezug auf die tiefer gelegte Untere Vogelsangstrasse und auf die Entlastungstrasse Oberwinterthur ist die Aussage von P. Rütimann richtig. Der Bund erachtet das Kosten / Nutzen-Verhältniss als so schlecht, dass er die Projekte nicht unterstützen will. Er erklärt, diese beiden Strassen – isoliert betrachtet – ergeben keine Entspannung auf dem Winterthurer Strassennetz. Sehr enttäuschend ist, was der Bund zur Engpassbeseitigung auf dem übergeordneten Strassennetz schreibt. Er will den Ausbau der A1 auf 6 Spuren realisieren und Abstand nehmen von der Süd/Ost-Umfahrung. Das ist für Winterthur ein herber Verlust. Die Süd/Ost-Umfahrung ist das Rückgrad des regionalen Gesamtverkehrskonzepts. Auf dem baut alles auf.

P. Rütimann beklagt, dass Winterthur offenbar keine Freunde in Bern hat, obwohl Bundesrat M. Leuenberger eigentlich der beste Freund sein müsste. Das ist er auch. Das Problem ist aber, wenn in Bern Anliegen vorgebracht werden, die nicht von der Kantonsregierung gestützt werden, wird der Antrag nicht befürwortet. Das ist ein Grundproblem. Der Kanton Zürich hat Winterthur Vorgaben im Rahmen des regionalen Gesamtverkehrskonzepts gemacht. Die Stadt sollte mit der Süd/Ost-Umfahrung einsteigen. Der Kanton hat es aber in der Folge abgelehnt, die Vorschläge in Bern zu unterstützen. Für den Stadtrat steht fest, dass er auf allen Kanälen für die Süd/Ost-Umfahrung weiter kämpfen wird. Die Chancen für eine Realisierung sind aber erheblich gesunken. Das Projekt ist verschoben worden und im Papier steht, dass es der Bundesrat nicht weiterverfolgt. Allenfalls würde er es in einer Zweckmässigkeits-Beurteilung zusammen mit der Glattal-Autobahn erneut prüfen. Ob aber diese Autobahn jemals gebaut wird, steht auf einem anderen Blatt. Der Stadtrat wird sich trotzdem weiterhin für die Süd/Ost-Umfahrung einsetzen. Er wird aber auch – und das ist ein Paradigmawechsel – Alternativen vorantreiben. Anderenfalls läuft Winterthur Gefahr, dass gar nichts gebaut wird. Die Erschliessung des Zentrumsgebiet Oberwinterthur muss realisiert werden, sonst wird es ernsthafte Probleme geben.

Lagerplatz

E. Wettstein (SP): Auch die SP ist sehr erfreut über den Kauf des Lagerplatzes durch die Stiftung Abendrot. So kann der Charakter des Lagerplatzes erhalten bleiben und die Zwischennutzer müssen das Areal nicht verlassen. Im Sinne der heutigen Nutzerinnen und Nutzer kann die bisherige Nutzung weitergeführt werden – unabhängig davon, ob das ein Architekturbüro, ein Atelier oder ein Kulturlokal ist. Der Lagerplatz deckt verschiedene Bedürfnisse ab. Dank seiner Vielfalt ist er zum Treffpunkt von verschiedenen Gruppierungen geworden. Am 27. März 2006 hat E. Wettstein in der Fragestunde den Stadtrat angefragt, ob er bereit sei zusammen mit den Landbesitzern, den diversen KMU und weiteren Nutzern nach einer langfristigen Lösung zu suchen. Der Stadtrat hat diesen Steilpass aufgenommen, mit dem Resultat, dass vorletzte Woche Kaufverträge unterschrieben worden sind. Die SP ist sehr erfreut und bedankt sich bei allen beteiligten Personen. Ebenso bedankt sie sich beim Stadtrat und insbesondere beim Stadtpräsidenten. Er hat sich einmal mehr für die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in Winterthur eingesetzt.

Stadträtin V. Gick schliesst sich dieser Freude an. Es ist wirklich ausserordentlich erfreulich für den ganzen Stadtrat, dass die Stiftung Abendrot den Lagerplatz gekauft hat. Damit können die vielfältigen Nutzungen durch die KMU und die Freizeitnutzungen bleiben. Es ist ganz wichtig, dass das Quartier belebt wird. Der Stadtrat freut sich, dass der Einsatz des Stadtpräsidenten einiges zum Erfolg beigetragen hat.

Restaurant im Hallenbad Geiselweid

Ch. Kern (SVP): Seit Ende Sommer 2008 ist das Restaurant im Hallenbad Geiselweid geschlossen. Der Unmut unter den Besucherinnen und Besuchern des Hallenbades ist sehr gross. Nirgends ist ein Hinweis zu finden, wie es mit dem Restaurant weitergehen soll, wie lange es geschlossen bleibt und wann es wieder eröffnet wird. Ch. Kern wäre sehr froh, wenn wenigstens die Besucherinnen und Besucher informiert würden.

Stadträtin P. Pedernana könnte genauer Auskunft geben, wenn sie im Vorfeld einen Hinweis erhalten hätte. Das Restaurant gehört zwar dem Sportamt, die Suche nach einem Wirt oder eine Wirtin fällt aber in die Zuständigkeit der Liegenschaftenverwaltung. Stadträtin P. Pedernana versucht auf den zweiten Teil der Sitzung Informationen zu erhalten, die sie bilateral weitergeben kann. Sie nimmt das Anliegen von Ch. Kern aber auf. Zumindest an der Türe des Restaurants braucht es einen Hinweis, wann das Restaurant wieder offen ist.

Ch. Kern (SVP), persönliche Erklärung: Es erstaunt, dass die Stadträtin über keinerlei Informationen verfügt über ein Restaurant, das der Stadt gehört. Sonst wird der Gemeinderat sehr gut informiert. Es handelt sich hier um ein sehr gut besuchtes Restaurant. Es ist unbegreiflich, dass Stadträtin P. Pedernana keine Auskunft geben kann.

Verkehrskonzept

J. Altwegg (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion kann nicht schweigen, wenn es um Verkehrspolitik geht. Stadtrat W. Bossert hat erklärt, dass die Süd/Ost-Umfahrung ein zentraler Punkt des Verkehrskonzeptes ist. Das unter dem Deckmantel, dass es sich um eine wichtige Erschliessung für Oberwinterthur handelt. Angeblich hat Winterthur keine Freunde beim Kanton. Die Grüne/AL-Fraktion ist anderer Meinung. Winterthur hat gute Freunde, die es wagen auch unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Bund und Kanton haben durchaus Recht. Die Süd/Ost-Umfahrung macht keinen Sinn. Es handelt sich um eine unbezahlbare Lösung die einzig den Privatverkehr unterstützt. Neue Strassen generieren primär mehr Verkehr und lösen die Probleme nicht. Die Grüne/AL-Fraktion ist deshalb verärgert, dass der Stadtrat der Süd/Ost-Umfahrung ein so grosses Gewicht beimisst. Die grüne und sicherlich auch die rote Basis wünschen keine neuen Strassen. In Zürich hat man die Gigantomanie gestoppt. In Winterthur fehlt eine solche Barriere, die das Ganze in richtige Bahnen lenkt. Die Stadt hat nicht genügend Reserven in der Kasse, um dieses Projekt zu finanzieren. Untersuchungen haben gezeigt, dass 60 % des Verkehrs in Winterthur Freizeitverkehr ist. Das Gewerbe benötigt keine Süd/Ost-Umfahrung. Sie dient einzig dazu, dass die St. Galler und die Thurgauer schneller in Zürich sind. Das Gewerbe in Winterthur wird durch die Staus behindert. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass der knappe Strassenraum verteuert wird. So überlegen sich die Leute, ob sie das Auto für eine Fahrt in die Stadt tatsächlich brauchen. Aus diesem Grund wurde eine Motion lanciert zum Thema Road Pricing. Gegen die Bewirtschaftung des Standstreifens auf der A1 wehrt sich die Grüne/AL-Fraktion nicht. Das kann durchaus Sinn machen. Allerdings kann es sein, dass nicht der gewünschte Erfolg erzielt wird. In diesem Fall wäre es eine Möglichkeit Park-and-Ride Anlagen einzurichten – zum Beispiel im Nordosten von Winterthur. Von dort könnten die Pendler dann die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Es müsste dafür gesorgt werden, dass in den Stosszeiten alle 10 Minuten ein Zug fährt. Das Nadelöhr zwischen Winterthur und Zürich ist bekannt. Dieses Problem muss ungedingt gelöst werden. Dabei wäre ein drittes Gleis eine Möglichkeit. Langfristig wäre auch ein Tunnelbau innerhalb von Winterthur vorstellbar.

P. Rütimann (FDP), persönliche Erklärung: Die Zahlen von J. Altwegg sind sogar noch untertrieben. Er hat gesagt, dass 60 % des Verkehrs in Winterthur durch den Freizeitverkehr verursacht wird. Der Verkehr in der Stadt Winterthur ist sogar zu 80 % Hausgemacht. Winterthur braucht die Autobahntlastung nicht. Es handelt sich um eine Entlastung des schweizerischen Nationalstrassennetzes. Winterthur profitiert dadurch, dass die Emissionen in Wülflingen reduziert werden. Winterthur kann dann profitieren, wenn die Tangenten, die in die Stadt führen, entlastet und an der Stadt vorbeigeführt werden können. Das ist der Zweck der Übung. Wenn der Rahmen noch etwas weiter gesteckt wird, kann man sich einen Autobahnring um die Stadt vorstellen. Damit könnte der Verkehr vom Zentrum nach aussen geleitet werden und von aussen ins Zentrum. Für den Verkehr, der in die Stadt führt, könnten Park-and-Ride Anlagen eingerichtet werden. Mit dieser Lösung wäre P. Rütimann absolut einverstanden.

Man darf aber nicht die Augen davor verschliessen, dass der motorisierte Individualverkehr existiert. Wenn man den täglichen Verkehr von Winterthur nach Zürich beobachtet, ist es

kaum vorstellbar, dass es so einfach ist, die Menschen zum Umdenken zu bewegen. Solange das Bauland im Osten von Winterthur so günstig ist, wird die Güterabwägung nicht so ausfallen, wie es sich viele wünschen. Für Winterthur ist es kein Vorteil, dass es im Kanton Thurgau günstiges Bauland gibt, das von Leuten gekauft wird, die dann die Winterthurer Strassen verstopfen. Gefragt ist jetzt aber Realpolitik – mit dem Blick auf die nächsten 20 Jahre. Man kann nicht einfach sagen, die Situation passt mir nicht, also lassen wir es bleiben. Wenn die Stadt so handelt, werden die Probleme nie gelöst. Der Verdacht liegt nahe, dass in den letzten 20 Jahren so gedacht wurde.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Mitteilungen

Vizepräsidentin Y. Beutler begrüsst K. Brand (CVP) im Rat. Sie heisst ihn als Gemeinderatsmitglied herzlich willkommen, wünscht ihm im neuen Amt viel Freude und Befriedigung und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Dem letzten Gemeinderatsversand lag die WOV-Broschüre bei. Die Vizepräsidentin legt den Ratsmitgliedern das Studium der Broschüre, die in Zusammenarbeit mit der Aufsichtskommission und der Stadtverwaltung verfasst wurde, ans Herz. Sie soll etwas Erleichterung bringen auf dem Weg durch den WOV-Dschungel. Vor allem für neue Ratsmitglieder ist diese Broschüre sehr wertvoll und es wäre sinnvoll neueintretende Ratsmitglieder darauf aufmerksam zu machen, weil darin alle Begriffe gut erklärt werden.

Die Ratsmitglieder haben auch in diesem Jahr den Kalender des FC Winterthur erhalten. Vizepräsidentin Y. Beutler bedankt sich für dieses Geschenk und wünscht dem Fussballclub viel Erfolg in der neuen Saison.

Am 6. Januar 2009 ist der Vater von Stadtrat M. Künzle verstorben. Die Vizeratspräsidentin wünscht Stadtrat M. Künzle und seiner Familie in dieser Zeit des Abschieds viel Kraft, Zuversicht und Trost.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern fristgerecht zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

1. Traktandum

Protokoll der 10./11. Sitzung vom 27. Okt. 2008

Vizepräsidentin Y. Beutler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

Wahl eines Mitgliedes der Aufsichtskommission anstelle der zurückgetretenen B. Günthard-Maier (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

D. Hauser (SP) schlägt im Namen der IFK als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 Markus Wenger (FDP) vor.

Der Rat wählt M. Wenger (FDP) mit grossem Mehr in die Aufsichtskommission.

Vizepräsidentin Y. Beutler gratuliert M. Wenger zur Wahl und wünscht ihm eine spannende Tätigkeit in der Aufsichtskommission.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2009/002: Ersatzwahl eines Mitgliedes der Vormundschaftsbehörde Winterthur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

D. Hauser (SP) schlägt im Namen der IFK auf Antrag des Stadtrates als neues Mitglied der Vormundschaftsbehörde Winterthur für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 Nadia Faggiano vor.

Der Rat wählt N. Faggiano mit grossem Mehr in die Vormundschaftsbehörde.

Vizepräsidentin Y. Beutler gratuliert N. Faggiano zur Wahl und wünscht ihr im neuen Amt viel Freude und Befriedigung.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2008/109: II. Nachtrag zur Abfallverordnung betreffend Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour

M. Hollenstein (CVP): Im Jahr 2000 hat der Stadtrat beschlossen die Kartonsammlung im Bringprinzip zu lancieren. Das bedeutet, dass jeder zur zentralen Sammelstelle fährt, den Karton entsorgt und wieder nach Hause fährt. Dem soll jetzt abgeholfen werden, indem der Karton gebündelt an die Strasse gestellt werden kann und abgeholt wird. Vorgesehen ist, dass der Karton alle 14 Tage abgeholt wird – gleichzeitig mit der Papiersammlung. Papier und Karton müssen getrennt bereitgestellt werden. Die Kosten betragen 310'000 Franken pro Jahr. Dieser Betrag kann von den Stadtwerken übernommen werden - dank der Reserven von 6,3 Millionen und den Einnahmen für den eingesammelten Karton. Das bedeutet, dass die Gebühren für die Entsorgung nicht erhöht werden müssen. Der Karton kann separat entsorgt werden. Je nach Marktsituation fällt die Vergütung für den Karton höher oder tiefer aus. Die Sachkommission hat dem II. Nachtrag zur Abfallverordnung mit 8 zu 0 Stimmen zugestimmt. Die Zustimmung im Rat ist breit abgestützt. M. Hollenstein empfiehlt den Ratsmitgliedern den Antrag anzunehmen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist für diese Altstoffsammlung. Damit fällt weniger Abfall in der KVA an, der Karton wird dem Recycling zugeführt und für die Umwelt ist es besser, wenn der Karton von einem Lastwagen abgeholt wird und nicht jeder Bürger und jede Bürgerin einzeln zu den Sammelstellen fahren muss. Die Kartonsammlung kostet 310'000 Franken im Jahr. Pro Einwohner in Winterthur sind das lediglich 3 Franken. Das ist eine preiswerte Sache. Aus diesen Gründen stimmt die Grüne/AL-Fraktion dem II. Nachtrag zur Abfallverordnung zu.

O. Seitz (SP): Jetzt können alle damit beginnen zu Hause den Karton zu sammeln. Mitte Jahr sollte die Kartonsammeltour beginnen. O. Seitz dankt dem Stadtrat, dass er die Motion so schnell umgesetzt und dem Gemeinderat diese Weisung vorgelegt hat. Die SP befürwortet die Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour aus vier Gründen. 1. kann ein beachtlicher ökologischer Nutzen erzielt werden, weil mit der Einführung der Kartonsammeltour mehrere 100 Tonnen zusätzlicher Karton pro Jahr gesammelt werden. 2. fallen die einzelnen Autofahrten zu den Sammelstellen weg. 3. können Kosten gespart werden. Durch

die Sammlung entstehen zwar Kosten von 310'000 Franken. Auf den ersten Blick könnte man das für Mehrkosten halten. Die Verbrennung des Kartons kostet aber ebenfalls Geld und zwar mehr als die separate Sammlung. Mit dem Karton kann zudem ein kleiner Erlös erzielt werden. Unter dem Strich wird die Sammlung günstiger. 4. fallen die vielen Kartonhaufen in den Kellern weg, die sich angehäuft haben, weil die Leute immer wieder die Kartonsammlung verpasst haben. Jetzt wird der Karton alle zwei Wochen vor der Haustüre abgeholt. Das ist sehr komfortabel für die Winterthurer Bevölkerung.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diese Vorlage betreffend Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour, auch wenn sich die Begeisterung bei der Überweisung des Postulats in Grenzen gehalten hat. Die Entsorgung insgesamt wird verbessert und bringt dem einzelnen Bürger mehr Komfort. Am Prinzip der verursachergerechten Entsorgung wird nichts geändert und die Gebühren müssen nicht erhöht werden. Das heisst die entstehenden Mehrkosten können mit gleichbleibenden Gebühren abgedeckt werden. Damit stellen sich einige Fragen: Wurde bisher nicht zuviel für die Entsorgung bezahlt? Wird noch immer zuviel dafür bezahlt? Die FDP will nicht nur die Steuern auf einem möglichst tiefen Niveau halten sondern auch die Gebühren. Der ökologische Nutzen hält sich – gemäss Weisung – doch in Grenzen. Trotzdem dient diese geordnete Entsorgung der Kartonabfälle der Umwelt und auch dem Stadtbild.

Selbstverständlich wird die FDP das Verursacherprinzip im Auge behalten. Ch. Denzler spricht die Produktion von unnötigem Verpackungsmaterial an. Die FDP wird alles daran setzen, dass die Erhöhung der Abfallgebühren nicht notwendig sein wird. Es ist ihr deshalb ein Anliegen, dass mit den entsprechenden Verpackungsmaterialien vernünftig umgegangen wird. Der Druck des kostenbewussten Konsumenten soll aufrecht erhalten bleiben. Wenn Karton einfacher entsorgt werden kann, besteht die Gefahr, dass der einzelne Konsument die Verpackungen weniger in den Ladengeschäften zurück lässt und sie nach Hause nimmt. Das wiederum könnte den Druck auf die Geschäfte verringern.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt den II. Nachtrag zur Abfallverordnung. In der ganzen Geschichte der Kartonsammlung ist die Einführung einer regelmässigen Sammeltour eine logische Folge. Die Motion für die Kartonsammlung war ein wichtiges Puzzleteil, das sich jetzt gut einfügt und ein ganzes Bild entstehen lässt. Die Fraktion ist sehr erfreut über die baldige Umsetzung.

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die schnelle Umsetzung dieser Kartonsammlung. H. Keller erinnert daran, dass Stadtrat W. Bossert vor knapp zwei Jahren gesagt hat, das Sammeln des Kartons sei nicht machbar. Heute soll das Anliegen umgesetzt werden. Das ist erfreulich.

Stadtrat W. Bossert dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Die Kosten werden nicht von den Stadtwerken übernommen sondern von den Betriebsreserven Sammeldienst. Ch. Denzler hat das hohe Lied des Verursacherprinzips gesungen. Jetzt trifft aber genau das Gegenteil ein. Bis anhin haben diejenigen, die den Karton entsorgen liessen, dafür bezahlt. Die Geschäfte haben ihre Kartonabfälle von Privaten abholen lassen. Jetzt kann jeder den Karton an die Strasse stellen. Die städtischen Angestellten holen ihn alle 14 Tage ab. Das ist sehr bequem aber nicht verursachergerecht. Es wurde auch gesagt die Umwelt und das Stadtbild werden geschont. Davor hat der Stadtrat Angst. Man muss die Situation genau beobachten, weil erfahrungsgemäss Karton, der an die Strasse gestellt wird auch andere Stoffe enthält - Styropor, Pizzakartons etc. Vor allem wenn der Karton Tage vor der Sammlung an die Strasse gestellt wird, trägt das nicht zu einem schönen Stadtbild bei. Der ökologische Nutzen wurde in der Weisung dargelegt.

Ch. Denzler (FDP), persönliche Erklärung: Der Stadtrat hat ihr Votum falsch verstanden. Bisher konnten die Konsumenten die Kartonverpackungen in den Geschäften lassen und diese waren gezwungen den Karton zu entsorgen. Wenn die Kunden den Karton jetzt selber bequem entsorgen können, dann nehmen sie die Verpackungen nach Hause. Damit fällt der

Druck auf die Geschäfte weg. Wenn die Geschäfte die Entsorgung bezahlen müssen, fordern sie von den Produzenten andere Verpackungen.

Vizepräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde. Damit haben die Ratsmitglieder dem II. Nachtrag zur Abfallentsorgung betreffend Einführung der Kartonsammeltour zugestimmt. Die Abfallverordnung wird entsprechend dem Antrag 1 ergänzt sowie gemäss Antrag 2 zustimmend zur Kenntnis genommen, dass für die Durchführung der Kartonsammlung jährlich wiederkehrende gebundene Mehrkosten in der Grössenordnung von 310'000 Franken zu Lasten der laufenden Rechnung der Produktegruppe Entsorgung, Produkt Abfallentsorgung anfallen werden. Der Rat hat gemäss Antrag 3 die Motion betreffend Einführung einer regelmässigen Kartonsammeltour gleichzeitig erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2008/059: Begründung des Postulats P. Rütimann (FDP) betreffend Aufwertung des S-Bahnhofs Grüze

P. Rütimann (FDP): Alle kennen den Bahnhof Grüze. In den 50er Jahren hat Grüze einen wunderschönen Bahnhof erhalten. Die Perronanlagen und die Fenster in denen etwas ausgestellt werden könnte, wirken sehr verlassen. Die grosse Geste, mit der dieser Bahnhof gebaut wurde, hat sich nicht erfüllt. Das Leben dieses Bahnhofs hat sich anders entwickelt als man es sich vorgestellt hat, wahrscheinlich gilt das auch für das Quartier. Aber der Bahnhof hat trotzdem Qualitäten und man darf ihn nicht einfach verloren geben. Er ist 5 Minuten vom Hauptbahnhof und 25 Minuten von Zürich entfernt. Er ist an einer Nahtstelle zum Zentrum Oberwinterthur und befindet sich in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten. Richtung Stadt und Richtung Norden liegt der Bahnhof in der Nähe von Wohngebieten. P. Rütimann zeigt die Situation anhand von Bildern. Die Umgebung ist aber nicht sehr gepflegt. Beim Bahnhof befindet sich der rote Kiosk, ein kleines Häuschen und das in die Jahre gekommene Bahnhofsgebäude, das nicht mehr bedient ist. Ausserdem befinden sich auf dem Gelände einige Parkplätze für Park-and-Ride und ein Container. Das Gütergebäude ist abgebrochen worden. Es gibt also genug Platz für neue Projekte. Bevor sich die Situation an dieser zentralen Lage weiterentwickelt, sollte die Stadt Vorstellungen haben, wie dieses Gebiet genutzt werden kann. Als erstes sieht P. Rütimann die Verbindung zur Sulzerallee. Der westliche Teil der Sulzerallee schliesst unmittelbar an das Gebiet an. Es sollte möglich sein eine Verbindung zum S-Bahnhof herzustellen, damit die Menschen, die in der Nähe des Bahnhofs wohnen, diesen gut erreichen können. Die Fussdistanz von 5 bis 10 Minuten ist zumutbar. Im Weiteren braucht es Fuss- und Veloverbindungen in alle Richtungen. Wenn das gut geplant wird, kann eine grosse Park-and-Ride Anlage für Fahrräder erstellt werden. Warum soll jemand aus der Umgebung in die Stadt fahren, wenn er in die Grüze fahren und in den Zug einsteigen kann. Dieser Nutzen ist nicht zu unterschätzen. Im Weiteren braucht es genügend Buslinien in die Region und in den direkten Umkreis des Bahnhofs. Wenn P. Rütimann von Zubringerparkplätzen spricht, meint er keine Park-and-Ride Anlage sondern Plätze um Leute aus- oder einsteigen zu lassen. Für den Bahnhof Grüze gibt es ein Potential. P. Rütimann bittet die Ratmitglieder, das Postulat zu überweisen.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die SP-Fraktion ist mit den ersten drei Punkten des Postulats einverstanden. Der letzte Punkt wurde soeben von P. Rütimann angesprochen. Es soll keine Park-and-Ride Anlage erstellt werden sondern lediglich eine gewisse Anzahl von Parkplätzen, die zum Ein- und Aussteigen dienen. Wenn im Protokoll fixiert werden kann, dass das entsprechend umgesetzt werden soll, kann auch die Grüne/AL-Fraktion zustimmen.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler: Der angesprochene Punkt betrifft die Begründung und nicht den eigentlichen Postulatstext.

P. Rütimann (FDP): Das ist wohl richtig. Es geht aber auch um eine politische Aussage. P. Rütimann ist nicht daran interessiert, dass die Stadt den Menschen aus der Ostschweiz am Bahnhof Grüze Parkplätze zur Verfügung stellt. Es geht um Winterthur.

B. Dubochet (Grüne/AL) stellt keinen Ablehnungsantrag.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler: Da kein Ablehnungsantrag gestellt wird, wäre es angenehm, wenn sich die Votanten kurz halten würden.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Stadtrat W. Bossert: Unter dem Titel, dass offene Türen eingerannt werden, unterstützt der Stadtrat das Postulat. Er ist bereits an der Arbeit. Das ist den meisten Ratsmitgliedern sicher bekannt. Das grosse bauliche Potential, das in Grüze und Umgebung vorhanden ist, wird genauer untersucht – ebenso die Verkehrsplanung. Der Stadtrat behandelt bereits alle vier aufgeführten Punkte.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler: Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, ist das Postulat somit an den Stadtrat überwiesen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2008/008: Begründung der Motion D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch

D. Schraft (Grüne/AL) ist am Sonntagabend darüber informiert worden, dass das Projekt nicht motionsfähig ist. Die Mitmotionäre sind einverstanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. In der Bundesverfassung von 1848 sind die Wegzölle abgeschafft worden. Die vielen Weg- und Brückenzölle wurden als Verkehrsbehinderung empfunden. Jetzt erklären die Gegner von Road Pricing, dass diese räuberischen Strassenzölle wieder eingeführt werden sollen. Das ist ein Hauptargument der Gegnerschaft. An und für sich ist es nicht ganz falsch. Aber im Mittelalter gab es in der Schweiz den sogenannten Etterzwang. In der Dreifelderwirtschaft war es nur innerhalb eines bestimmten Bereiches erlaubt Häuser zu bauen – das heisst innerhalb eines Etters, eines Zauns. Ausserhalb war es verboten, um das kostbare Ackerland zu schützen. Als dieser Zwang aufgehoben wurde, hat es lange keine Probleme gegeben, nämlich bis in die 60er und 70er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Freiheit, dort bauen zu können wo man will, ist so stark ausgenutzt worden, dass es zu einem Problem wurde. Daraufhin wurden Zonenpläne eingeführt. Es käme heute niemanden in den Sinn zu behaupten, dass die Zonenordnung nicht mitgeholfen hat, die Zersiedelung der Landschaft aufzuhalten. Der freie Warenverkehr ist mit der Abschaffung der Zölle erreicht worden. Aber jetzt ist ein Punkt erreicht, an dem die grenzenlose Mobilität zuviel kostet. Es wird Zeit, dass man sich – analog der Zonenordnung – auf alte Methoden besinnt. Es wohnen immer mehr Menschen in Winterthur und alle nehmen das Recht auf Mobilität in Anspruch. Leider bedeutet für zu viele Leute Mobilität Auto fahren. Die Folge davon ist, dass durch die Stadt eine Lawine von Autos rollt, die sich zu Stosszeiten bis an die Grenzen der Stadt staut. Das bedeutet eine Beeinträchtigung der Lebensqualität in Winterthur. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden durch Lärm und Abgase belastet, Fussgänger und Velofahrer werden belästigt und gefährdet. Gebührenfreiheit auf den Strassen gilt in der Schweiz nicht absolut. Es werden verschiedene Gebühren erhoben, wie zum Beispiel Autobahnvignette, Schwerverkehrsabgabe, Tunnelgebühren, Benzinsteuern, Motorfahrzeugsteuer und Parkraumbewirtschaftung. Der Verkehr verursacht sehr hohe Kosten – Strassenunterhalt, Verkehrsregelung, Kontrollen, Beschilderung etc. Auch die vielen Unfälle verursachen massive Kosten. Staus verursachen pro Jahr Kosten von mehr als einer Milliarde. Der Lärm verursacht Kosten von ca. 175 Millionen und die verursachten Gesundheitskosten betragen

ca. 1,6 Milliarden. Diese Zahlen wurden für die Jahre 1995 bis 1998 erhoben. In der Zwischenzeit sind die Kosten weiter gestiegen. In der Schweiz bestehen bereits einige Instrumente, um die Kosten auf die Verursacher abzuwälzen. Obwohl diverse Gebühren erhoben werden, gibt es immer mehr Autos und immer mehr Staus. Das Gut Strasse wird langsam knapp. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten diese Verknappung aufzuheben. Entweder werden mehr Strassen gebaut oder die Autofahrten werden reduziert. Für die Grünen ist der Bau von mehr Strassen keine Option. Aus Erfahrung weiss man, dass mehr Strassen Mehrverkehr generieren. Damit bleibt nur die Möglichkeit weniger zu fahren. Ein Appell nützt aber wenig.

Road Pricing ist eine Möglichkeit, die Staus in den Städten zu reduzieren. Es ist eine Illusion zu glauben, dass Road Pricing sämtliche Verkehrsprobleme lösen kann. Es ist aber ein Schritt in Richtung weniger Verkehr. Im Landboten stand am letzten Samstag: „Zudem müsste die Zufahrtsdosierung für den motorisierten Individualverkehr verbessert werden.“ Road Pricing ist eine Möglichkeit diese Forderung umzusetzen. In vielen Städten gibt es durch Lichtsignalanlagen gesteuerte Einfahrtsbremsen oder eine beschränkte Anzahl von Parkplätzen. Trotzdem fahren noch immer zu viele Personen mit dem Auto in die Städte. Road Pricing ist zugegebener massen vom öffentlichen Verkehr abhängig. Ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz ist notwendig. In Winterthur ist das der Fall. Eine Gefahr des Road Pricing ist, dass die Verteuerung der städtischen Strassen dazu führen könnte, dass die Landschaft weiter zersiedelt wird. Mit geeigneten flankierenden Massnahmen kann das verhindert werden. Die Gegner von Road Pricing erklären, dass die Einführung sehr teuer sei und nennen als Beispiel London und Stockholm. In diesen Städten wurde aber unsorgfältig geplant, zudem ist das System längst veraltet. Die neuen Technologien werden die Kosten für die Erhebung von Strassengebühren erheblich verbilligen. Zudem bleibt genug Zeit um in Winterthur die Einführung von Road Pricing seriös vorzubereiten. Andere befürchten, dass die Daten, die erhoben werden müssen, missbräuchlich verwendet werden könnten. Mit der richtigen Technologie und entsprechenden Gesetzen bekommt man diese Probleme in den Griff. Ein wenig heuchlerisch klingen die Gegenargumente der Leute, die sich um den ärmeren Bevölkerungsteil sorgen und erklären, diese Strassengebühren seien zu teuer. Dabei handelt es sich um die gleichen Leuten, die sich leider kaum um soziale Gerechtigkeit sorgen. Autofahren ist zudem kein Menschenrecht. Mobilität ist auch auf andere Art möglich. Die Gegner von Road Pricing haben Angst um ihre Freiheit. Das stimmt insofern, als mit Road Pricing eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs zum öffentlichen Verkehr angestrebt wird. Autofahren wird nicht verboten sondern dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage unterstellt. Das müsste all denen genehm sein, die sich für die freie Marktwirtschaft einsetzen. Freier Markt bedeutet, wer viel braucht, muss viel bezahlen. Die Strassen sind knapp und daher auch teuer. Winterthur muss etwas gegen den Moloch Verkehr unternehmen. D. Schraft bittet die Ratsmitglieder, dieses Postulat zu überweisen. Damit kann die Stadt eine Vorreiterrolle übernehmen.

R. Wirth (SP): Auch die SP würde es sehr begrüßen, wenn ein Road Pricing-Versuch in Winterthur durchgeführt werden könnte. Winterthur hat ein Verkehrsproblem. Der motorisierte Individualverkehr vermindert an vielen Stellen in der Stadt die Lebensqualität erheblich. Die SP sieht keinen Grund sich einem Versuch zu verschliessen. In Stockholm, London und Oslo sind diese Versuche in einen definitiven Zustand überführt worden. Die Benützung des öffentlichen Gutes Strasse ist heute gratis – im Gegensatz zum öffentlichen Verkehr – und ist deshalb massiv übernutzt. Die Folgen sind Staus. Road Pricing ist ein marktwirtschaftlicher Lenkungsmechanismus mit dem das Verursacherprinzip konkretisiert wird. Wer zu neuralgischen Zeiten an neuralgische Orte fährt, soll dafür bezahlen. Dabei könnte auch nach Fahrzeugtyp und Anzahl Insassen unterschieden werden. Weil ein grosses Fahrzeug mit nur einer Person einiges mehr an Strassen benötigt pro Personenkilometer, als ein kleines Fahrzeug, das mit 4 Leuten besetzt ist. Wer die Umwelt- und Stauprobleme sieht und gleichzeitig von der Leistungsfähigkeit von Marktmechanismen überzeugt ist, kann höchstens aus dogmatischen Gründen das Postulat ablehnen. R. Wirth bittet die Ratsmitglieder das Postulat zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass Winterthur ein entsprechendes Gesuch beim Bund einreicht.

S. Stöckli (GLP): Das Problem ist bekannt. Das Verkehrsaufkommen steigt und damit auch die Belastungen und die Kosten. Eine Lösung ist notwendig. Diese Lösung wird teurer und ineffizienter, je länger zugewartet wird. Jetzt hat der Gemeinderat die Chance eine Lösung zu suchen und zu finden und diesen Road Pricing-Versuch zu beantragen. Das ist besser als noch weiter zuzuwarten. Je länger zugewartet wird, desto unkonventioneller, schwieriger und sicher auch unbeliebter werden mögliche Lösungen. Ob Road Pricing die Lösung ist, zeigt sich erst nach einem Versuch. Wenn man feststellen muss, dass es nicht die gesuchte Lösung ist, findet man vielleicht einen Ansatz in welche Richtung es gehen soll. S. Stöckli bittet die Ratsmitglieder das Postulat zu überweisen.

Erst am Sonntagabend ist bekannt geworden, dass dieser Antrag nicht motionsfähig ist.

S. Stöckli bittet den Stadtrat die Ratsmitglieder künftig früher zu informieren. Der Gemeinderat hat bereits im November und Dezember 2008 gezeigt, dass er flexibel ist. Aber wenn spontan eine Motion in ein Postulat umgewandelt wird, weckt das nicht nur bei S. Stöckli den Verdacht, dass etwas nicht ganz sauber ist. Sie will zwar niemandem etwas unterstellen, es wäre aber einfach, rechtzeitig korrekt zu informieren.

R. Kleiber (EVP) hat im Internet nachgeschaut, da gibt es 10'800'000 Einträge zu Road Pricing, davon sind 26'800 Einträge in Deutscher Sprache. Road Pricing ist also ein aktuelles Thema, mit dem sich eine Grossstadt wie Winterthur früher oder später auseinander setzen muss. Nach Ansicht der Bundesregierung ist Road Pricing vor allem für Städte und Agglomerationen - Zitat: "ein zukunftssträchtiger und interessanter Ansatz." In den Ballungsräumen grosser Städte entstehen nämlich 85 bis 90 % der Staus auf den Strassen oder den Autobahnen, und da gehört Winterthur dazu.

Man kennt die Erfahrungswerte von Road Pricing zum Beispiel von London und Stockholm, das sind natürlich grosse Grossstädte, und das ist nicht eins zu eins auf die Schweiz übertragbar, doch es ist interessant, dass nach anfänglicher Skepsis die Mehrheit der Bevölkerung in London heute Road Pricing akzeptiert und sogar als positiv bewertet. R. Kleiber weiss, der Widerstand gegen Road Pricing und damit gegen die sogenannten Stau-Gebühren, auch Strassenzoll genannt, ist zur Zeit in der Schweiz eher gross, trotzdem und gerade darum lohnt es sich, dass man sich mit den verschiedenen Modellen von Road Pricing auseinandersetzt und nach verträglichen und möglichen Lösungen sucht, für die Bevölkerung, für das Gewerbe und für den Individualverkehr. Die EVP unterstützt das Postulat.

J. Lisibach (SVP) stellt im Namen der SVP einen Ablehnungsantrag. Autofahren mag zwar kein Menschenrecht sein aber verboten ist es auch nicht. Der motorisierte Individualverkehr wird in der Stadt gebeutelt. J. Lisibach erwähnt die Scheideggstrasse und die Weigerung sinnvolle Kreisel zu bauen. Wie es nach dem Wegfall der Rudolfstrasse weitergehen soll, weiss niemand. Des Rätsels Lösung wird Road Pricing nicht sein. Winterthur soll jetzt als Versuchskaninchen herhalten für ein Road Pricing. Es ist schön, dass Winterthur mit London verglichen wird, trotzdem hat die Stadt nicht die gleiche Grösse. Genau das ist das Problem. Winterthur ist für diesen Versuch zu klein. Das Ziel dieses Postulats ist es zudem, dass keine neuen Strassen gebaut werden sollen. Dieses Ziel ist nicht erreichbar. Auf die Kosten ist bisher nicht eingegangen worden. Ein Road Pricing-Versuch ist zu teuer. Das kann sich die Stadt nicht leisten. J. Lisibach bittet die Ratsmitglieder, die Überweisung des Postulats abzulehnen.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab und unterstützt den Ablehnungsantrag, obwohl auch die CVP die Verkehrs- und Stauprobleme in Winterthur anerkennt. Die CVP sieht andere Lösungen. Die Zürcher Kantonalbank hat eine Studie herausgegeben unter dem Titel: „Wie weiter mit dem Verkehr, Strategien zur Verbesserung der Zürcher Mobilität“. In dieser Arbeit ist geprüft worden in wie weit Road Pricing und weitere Massnahmen zweckmässig sein können als Strategien für die Städte Zürich und Winterthur zur Staureduktion. Für die Stadt Winterthur wurde folgendes Fazit gezogen: „Für kleinere Städte wie Winterthur sind stark vereinfachte Erhebungssysteme angebracht. Zudem macht ein solches System erst dann Sinn, wenn durch die angrenzenden Gebiete ein entsprechendes System eingeführt wird.“ Gemäss den Berechnungen in dieser Studie könnten in Winterthur durch die Einführung von Road Pricing lediglich rund 4'000 Fahrten verhin-

dert werden, was aus volkswirtschaftlicher Sicht eindeutig zu wenig ist. Aufgrund dieser Studienergebnisse lehnt die CVP das Postulat ab.

M. Wenger (FDP): Auch die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wenn das Projekt nicht überwiegend positiv bewertet wird, sollte man davon Abstand nehmen. Die Zürcher Kantonalbank-Studie hat gezeigt, dass Stockholm pro Fahrt Fr. 3.40 berechnet – durchgehend von morgens um 6.30 Uhr bis abends um 18.30 Uhr. London erhebt satte 20 Franken pro Fahrt – von 7.00 bis 18.00 Uhr. Für Winterthur rechnet die Studie mit 3 Franken pro Fahrt. Eine Kameraerkennung löst via Nummernschild einen Berechnungsprozess aus. Abgebucht wird der Betrag via Internet, Kreditkarte oder Einzahlung. Winterthur muss mit Investitionskosten von 48 Millionen rechnen, die jährlichen Kosten müssen mit 18 Millionen veranschlagt werden. Die Kosten/Nutzen-Aufstellung ist annähernd Null. Die Staus in Winterthur entstehen morgens und abends primär aufgrund des Arbeitsverkehrs. Was bringt Road Pricing ausserdem? Vielleicht mehr Geld – man könnte mehr als 3 Franken verlangen. Sicher bringt es mehr Überwachungskameras und mehr Beamte, die sich mit der Überwachung beschäftigen. Sicher wird Winterthur für Gäste unattraktiver, das reduziert die Kundschaft für den Detailhandel und die Gastronomie und ganz sicher bleibt der Geschäftsverkehr in Winterthur bestehen. Die Kosten werden überwältigt und es wird alles teurer. Die FDP lehnt das Postulat ab.

H. Iseli (EDU): Die EDU lehnt die Überweisung des Postulats ab. 80 % des Verkehrs in Winterthur ist hausgemacht. Die Steuerzahler sollen jetzt noch mehr bezahlen. Es ist richtig, dass die Mobilität kein Menschenrecht ist – vieles ist kein Menschenrecht. Wer will die Mobilität verbieten? Es geht auch nicht, dass alle die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen müssen. Zu Road Pricing hat H. Iseli nur ein Ausdruck. Es handelt sich um räuberisches Verhalten der Stadt. Es ist eine Frechheit und darf in Winterthur auf keinen Fall eingeführt werden. Gebühren erheben, bedeutet nicht zwangsläufig weniger Verkehr. Man rupft die goldene Gans bis die Leute kein Geld mehr haben. In Winterthur entstehen die Staus zu den Stosszeiten, dann wenn auch S-Bahnen und Busse überfüllt sind. Deshalb fahren viele Leute mit dem Auto zur Arbeit. Wenn der öffentliche Verkehr endlich attraktiv wäre und zwar auch zu Stosszeiten, dann würde selbst H. Iseli umsteigen. Es ist aber nicht angenehm eingeklemmt zwischen vielen Leuten die S-Bahn zu benutzen. Road Pricing ist keine Lösung um die Situation in den Stosszeiten zu verbessern. Verkehrsförderung ist die bessere Lösung. Mit einer oder zwei Umfahrungsstrassen könnte die Situation in Winterthur verbessert werden. Vielleicht ist das tatsächlich die ideale Lösung.

R. Werren (FDP): Wenn ein Gemeinderat eine Motion einreichen will und diese am Tag der Überweisung in ein Postulat umwandelt und dann den Stadtrat beschuldigt, ist das unverständlich. Bereits bei der Einreichung hätte klar sein müssen, dass diese Vorlage nicht motionsfähig ist. Das sollte man als Gemeinderat abklären. Den Stadtrat trifft keine Schuld.

D. Schraft (Grüne/AL): In den Voten wurden unter Anderem die Kosten moniert. Es ist ein Armutszeugnis und traurig, dass bessere Lebensqualität gegen die Kosten abgewogen wird.

Stadtrat W. Bossert ist froh, dass dieser Vorstoss als Postulat überwiesen werden soll, eine Motion hätte der Stadtrat zur Ablehnung empfehlen müssen. Gemäss Studie, die von W. Schurter angeführt worden ist, sieht die Kostenfrage tatsächlich nicht gut aus. In der Studie wird der Stadt Winterthur empfohlen, Road Pricing im Verbund mit anderen Städten zu prüfen. Dann können auch die Kosten reduziert werden. In der Studie wird festgehalten: „Die alleinige Einführung von Road Pricing für die Stadt Winterthur ist volkswirtschaftlich nicht zweckmässig. Ein Pilotversuch ist ihnen nicht zu empfehlen. Da Road Pricing aber eine sehr wirkungsvolle Massnahme zur Reduktion des Verkehrs ist, sollte die Möglichkeit einer langfristigen Realisierung von Road Pricing politisch unterstützt werden.“ Das steht ebenfalls in dieser Studie. Der Stadtrat hat Ernst Basler und Partner damals gebeten, Winterthur in die Studie aufzunehmen. Der Stadtrat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen. Stadtrat W. Bossert warnt aber vor Illusionen. Der Bund ist nicht bereit. Der Stadtrat kennt die Anforderungen des Bundes noch nicht. Der Bund hat vorgehabt, die Bedingungen für einen Ver-

such auszuarbeiten. Das Parlament hat das Projekt aber gestoppt. Bundesrätin D. Leuthard wollte das Road Pricing in die Legislaturplanung aufnehmen, Bundesrat M. Leuenberger wollte aber direkt einen Antrag stellen. Road Pricing ist damit aber nicht vom Tisch – auch wenn beide Kammern sich dagegen ausgesprochen haben. Bundesrat M. Leuenberger hat erklärt, dass das Projekt weiter verfolgt werde. Im Moment gibt es aber keine Angaben in Bezug auf die Bedingungen für einen Versuch. Sobald die Bedingungen bekannt sind, kann sich der Stadtrat darüber äusseren. Es könnte durchaus sein, dass die Postulatsfrist verlängert werden muss.

Vizepräsidentin Y. Beutler lässt über den Ablehnungsantrag der SVP abstimmen.

Der Rat lehnt den Ablehnungsantrag mit 28 zu 36 Stimmen ab. Damit ist das Postulat überwiesen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2008/030: Begründung des Postulats U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum

U. Dolski (CVP): Wer mit offenen Augen durch Winterthur geht, kann zwei Tatsachen beobachten: 1. In der Stadt wird viel getan für die Sauberkeit und die Sicherheit. Zu beobachten sind zum Beispiel die regelmässigen Sammeltouren für Abfall, Sperrgut und Zeitungen. Auch ein Leitfaden was, wie, wo umweltgerecht entsorgt werden kann, liegt allen Haushaltungen vor. Wer seinen Abfall schon immer sittsam entsorgt hat und beim Wegwerfen von Papierfetzen, Zigaretten oder Kaugummis bereits ein schlechtes Gewissen hat, handelt bereits so wie das immer wieder gefordert wird. Es ist löblich, dass ein grosser Teil der Winterthurer Bevölkerung ein grosses Interesse an der Sauberkeit bekundet. Als nicht zu unterschätzendes Nebenprodukt vermittelt die Sauberkeit ein sicheres und angenehmes Gefühl und stellt ein Stück Lebensqualität dar. 2. Offensichtlich haben die bisherigen Bestrebungen nicht alle Zielgruppen erreicht. Das Prinzip Hoffnung funktioniert nicht. Wen die Sauberkeit im Allgemeinen und besonders auf öffentlichem Grund bisher nicht gekümmert hat, der kann auch nicht mit Werbeaktionen erreicht werden. Die vielen guten Aktionen mit denen die Stadt Winterthur auf verschiedene Arten für Sauberkeit geworben hat – vom Kindermärchen für Kinder im Kindergarten bis zum Abfallsammeltag für Schüler und verschiedene Plakataktionen – haben die Bevölkerung sensibilisiert. Die wahren Abfallsünder konnten aber nicht erreicht werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dort wo Dreck liegt und akzeptiert wird, bald noch viel mehr Abfall deponiert wird. Diese Botschaft im negativen Sinn funktioniert bestens. Bilder sprechen eine eigene Sprache. U. Dolski zeigt Bilder von Strassen auf denen Abfall herumliegt – vor allem aus dem Gebiet Eishalle, Grüzefeldstrasse, Industriestrasse. In diesem Zusammenhang zeigt U. Dolski auch Bilder von Vandalenakten im gleichen Gebiet. Erst kürzlich haben Immobilienbesitzer ihre Besorgnis in Bezug auf die Attraktivität des Wohnangebots im höheren Preissegment geäussert und die gestiegenen privaten Entsorgungsbemühungen beschrieben. Nach wie vor verwenden die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei wertvolle Zeit mit der Beseitigung von allerlei Unrat. Abschreckende Beispiele sind der Stadtpark und der Brühlgutpark aber auch andere öffentliche Anlagen, wo täglich Abfall von uneinsichtigen Menschen weggeworfen wird.

Das Postulat soll diejenigen, die sich im Umgang mit Abfall korrekt verhalten und Vorbilder sind für die Jugendlichen und Kinder, zeigen, dass die anderen, die diese Bestrebungen immer wieder zunichte machen, nicht ungestraft davonkommen. Entweder nehmen Abfallsünder die Chance ein verantwortungsbewusstes Mitglied der Umwelt zu werden freiwillig wahr, oder sie werden unfreiwillig dazu ermuntert. Ihr Fehlverhalten wird gebüsst. U. Dolski bittet die Ratsmitglieder das Postulat zugunsten einer sauberen und sicheren Stadt Winterthur zu überweisen.

R. Werren (FDP) beobachtet seit langem die Situation in Bezug auf das Littering in Winterthur. Dem achtlosen Wegwerfen und dem illegalen Entsorgen von Abfall ist schwer beizukommen. Das wissen alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Postulates. Letzen Samstag konnte R. Werren beobachten, wie ein Mann einen Rucksack in einem öffentlichen Abfallkübel entsorgt hat. Mit mehreren Taschen – die vermutlich ebenfalls Abfall enthielten – ging er zum nächsten Abfallkübel. Wenigstens hat er seinen Abfall nicht einfach auf die Strasse gestellt. Sauberkeit gehört in den meisten Städten zu einem wichtigen Standortfaktor. Der Stadtrat preist Winterthurs Stärken als Kultur- Bildungs- und Wohnstadt mit schönen Worten. Auch die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind stolz auf Winterthur und die vielen positiven Standortfaktoren. Die Ratsmitglieder müssen aber auch offen sein für die negativen Faktoren. Die städtischen Mitarbeitenden, die mit der Entsorgung zu tun haben, müssen viel leisten, um die Stadt sauber zu halten. Dafür bedankt sich die FDP-Fraktion. Littering hat trotz verschiedener Massnahmen nicht abgenommen – im Gegenteil es nimmt eher zu. Viele Leute nehmen ihren Abfall in Säcken von zu Hause mit und entsorgen ihn in öffentlichen Abfalleimern oder in Mulden auf den Grossbaustellen. Daher sind viele Abfalleimer in der Stadt überfüllt und der Abfall wird oft einfach daneben gestellt. Immer noch werden Abfälle illegal entsorgt. Den Grossverteilern ist in dieser Beziehung ein Kränzchen zu binden. Sie tragen mit geeigneten Entsorgungsmöglichkeiten dazu bei, das Abfallproblem zu bekämpfen.

Sinnigerweise hat gerade die Post, die ebenfalls von überfüllten Abfalleimern betroffen war, diese Eimer einfach entfernt. Das ist auch eine Methode. Interessanterweise führen die Poststellen aber Artikel die aufwändig verpackt sind. Eines ist klar. Es braucht zusätzliche Massnahmen um die Stadt sauber zu halten. Dazu gehören vielleicht auch repressive Massnahmen. R. Werren bittet die Ratsmitglieder das Postulat zu überweisen. Sie ist überzeugt, dass der Stadtrat neue erfolgreiche Ideen haben wird, um das Littering wirkungsvoll zu bekämpfen. Durch die Überweisung des Postulats wird sich der Stadtrat darin bestärkt fühlen und weitere Massnahmen prüfen. Eine Freundin hat R. Werren gesagt, dass sie vor kurzem in Hongkong war und feststellte, dass die Strassen frei sind von Abfall. R. Werren belegt diese Aussage mit Fotos, die sie selber in China gemacht hat. Auch die Medien haben sich bereits öfter mit diesem Problem beschäftigt. R. Werren zeigt die entsprechenden Artikel. Auch die Bevölkerung findet das Problem schlimm.

M. Stutz (SD): Es ist eine Tatsache, dass der Unrat in der Stadt viele Leute stört. Die jüngsten Begebenheiten hat M. Stutz zwischen Weihnachten und Neujahr festgestellt. Beim Friedhof Wülflingen, an der Holzlegistrasse stand sogar eine WC-Schüssel am Strassenrand. Solch chaotische Zustände müssen nicht sein. Viele Besucher können nur noch den Kopf schütteln. M. Stutz bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder das Postulat zu überweisen. Aus folgenden Gründen: Der Gemeinderat wird sich auch noch über das Spucken in der Öffentlichkeit unterhalten müssen und über Road Pricing wurde bereits debattiert. Wichtig ist zu beachten, dass eine Arbeitsgruppe zum Thema Sauberkeit installiert wurde. Die Stadtwerke werden von Kosten entlastet, wenn in der Stadt mehr Sauberkeit herrscht. Damit müssen weniger Arbeitsstunden aufgewendet werden, um die Stadt sauber zu halten. Ein weiterer Grund ist, die Leute müssen sensibilisiert werden und lernen unpopulär zu handeln, indem sie andere auf ihr Verhalten ansprechen. R. Werren hat vermutet, dass ein Mann seinen Abfall in öffentlichen Abfalleimern entsorgt hat. N. Gugger hat die Erfahrung gemacht, dass auch Container von Fremden genutzt werden, um illegal ihren Abfall zu entsorgen. Auch in diesem Sinne muss Nachbarschaftshilfe funktionieren – die Leute sollen auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden. Alle müssen sich selber an der Nase nehmen und gemeinsam versuchen eine Lösung zu finden. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

Ch. Kern (SVP): Die Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits alles gesagt. Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat.

A. Ramsauer (Grüne/AL) stellt im Namen der Grüne/AL-Fraktion einen Ablehnungsantrag. Das Postulat ist ein Wolf im Schafspelz. Weil in Winterthur alle Präventionsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, wird im letzten Abschnitt des Postulatstextes angetönt, dass repressive Massnahmen gefordert werden. An diese glaubt die Grüne/AL-Fraktion nicht. Es gibt keine Belege, dass repressive Massnahmen Ziel führend sind. Auch bei repressiven Massnahmen gilt das Verhältnismässigkeitsprinzip. Für das Wegwerfen eines Kaugummis oder einer Zigarettenkippe kann niemand eingesperrt oder weggewiesen werden. Bleibt noch eine Busse, die bereits heute aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlagen erhoben werden kann. Das unterbleibt angesichts des Vollzugsnotstandes und der fehlenden Ressourcen. Selbst wenn die Bussen verschärft und die notwendigen Stellen geschaffen werden, können die von den Postulantinnen und Postulanten avisierten Zielgruppen – zum Beispiel die Jugendlichen – die Bussen kaum bezahlen, sodass die repressiven Massnahmen ins Leere laufen. Das gleiche gilt für die möglicherweise ins Auge gefassten Randständigen. Wenn man die gezeigten Fotos betrachtet, stellt sich die Frage, wie man die Verursacher finden soll. Ohne ein unverhältnismässiges Ermittlungsverfahren oder Denunziation ist das nicht möglich. A. Ramsauer will auf dem Boden bleiben und der Unsauberkeit im öffentlichen Raum nicht die populistische Bedeutung beimessen, wie die Postulantinnen und Postulanten.

Natürlich ist auch die Grüne/AL-Fraktion in Sorge über die zunehmende Achtlosigkeit im Umgang mit dem öffentlichen Raum. Man muss das Augenmass behalten. U. Dolski hat sogar von Sündern gesprochen. Ob der Abfall korrekt entsorgt wird, ist aber keine religiöse Frage. Mit einer Honkongisierung – das heisst mit Bussen von bis zu 1'500 Dollar für das Wegwerfen von Papierfetzen – senden die Postulantinnen und Postulanten kein positives Signal für das Stadtmarketing aus. Die Qualität von Winterthur zeigt sich auch in einem freierheitlichen Geist. Wenn diese Stadt mit allen Mitteln sauber gehalten werden soll, wird das Gegenteil erreicht. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Überweisung ab.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP) dankt A. Ramsauer für sein blumiges Votum. Alle wünschen sich, dass die Stadt sauber bleibt. Wichtig ist, es geht nicht um Repression. Es geht darum, dass man gemeinsam das Ziel erreicht. Ein Postulat ist eine Anfrage, die etwas postuliert. Für N. Gugger ist klar, dass es verschiedene Wege gibt. Ein Weg ist die Repression. Wichtig ist, Repression ist nicht der einzige Weg. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion will mit diesem Postulat, dass innovativ geprüft wird, wie dem Abfallproblem entgegengewirkt werden kann. Die Fraktionsmitglieder sind sicher, dass damit auch Kosten gesenkt werden können.

U. Dolski (CVP): Auch Verkehrssünder werden nicht unbedingt gesucht. Sie werden aber oft entdeckt, so können auch die Littering-Sünder entdeckt werden.

P. Fuchs (SVP): Ein Grundübel sind die Papierkörbe aus den 50er Jahren. Der Abfall hat zugenommen und eine grosse Anzahl der gängigen Papierkörbe sind gleich gross geblieben. Damals, als das Wurstpapier der einzige Fastfood-Abfall war, hatten diese Abfallkörbe ausgereicht. Heute sind sie nicht mehr tragbar. Mit aufpassen und andere aufmerksam machen, wenn sie Abfall falsch entsorgen, muss man vorsichtig sein. P. Fuchs hat schlechte Erfahrungen gemacht, als er einen Mann angesprochen hat, der einen Sack voll Abfall in einen Papierkorb gestopft hat. Der Mann hat sehr böse reagiert. Als P. Fuchs ihn gebeten hat, den Abfall wieder mitzunehmen, andernfalls würde er die Polizei informieren, ist dieser Mann in sein Auto eingestiegen. Daraufhin hat P. Fuchs die Autonummer in sein Mobiltelefon eingetippt. Worauf der Mann das Auto wieder verlassen und P. Fuchs tätlich angegriffen hat. Dabei hat dieser Mann P. Fuchs einen Stiftzahn herausgeschlagen und das Mobiltelefon auf den Boden geworfen. Das war das Ende des Liedes. Bei diesem Mann handelt es sich um einen Psychiater, der beim Kanton arbeitet.

Vor zwei Wochen war P. Fuchs unterwegs in die Altstadt. In der Nähe des Technikums standen drei Studenten. Einer davon hat eine Orange geschält und die Schalen in die Rabatten geworfen. P. Fuchs hat den Studenten darauf angesprochen. Dieser erklärte, dass das P. Fuchs nichts angehe und dass Orangenschalen biologisch seien. Das muss ein Grüner gewesen sein. Letztes Jahr hat Wallisellen einen Versuch gestartet um das Littering mit Bussen zu bekämpfen. P. Fuchs hat sich mit einem Verwaltungsangestellten über dieses Problem unterhalten. Dieser hat ihm erklärt, dass Bussen die letzte Massnahme seien, die ergrif-

fen werde – ausschliesslich Bussen verteilen, bringe keinen Erfolg. Mit flankierenden Massnahmen, vor allem in den Schulen und den Sportvereinen, wird das Problem thematisiert.

Stadtrat W. Bossert: Littering ist eine ärgerliche Sache auch in der Stadt Winterthur. Es gibt kaum jemanden der sich mehr ärgert als Stadtrat W. Bossert. Er wird auch dafür verantwortlich gemacht, wenn jemand ein Papier wegwirft, ob im Strassenraum oder in einen privaten Vorgarten. Dabei handelt es sich um ein komplexes Problem. Grundsätzlich können noch so viele Kübel aufgestellt werden – es ändert sich nichts. Stadtrat W. Bossert verweist auf die von R. Werren gezeigten Bilder. Ganz in der Nähe des Abfalls, der auf die Strasse geworfen worden ist, steht ein Abfallkübel, der lediglich halb voll ist. Die Leute sind einfach zu faul, um den Abfall korrekt zu entsorgen. Hinzu kommt, dass das Littering weit verbreitet ist. Was P. Fuchs und R. Werren beobachtet haben, ist auch den städtischen Angestellten schon oft aufgefallen. Auch ältere gepflegte Leute, die es sich durchaus eine korrekte Entsorgung des Abfalls leisten könnten, entsorgen diesen in den Papierkörben der Stadt. Offensichtlich handelt es sich um ein kulturelles Problem. Die Gesellschaft verhält sich nicht mehr so wie vor 50 Jahren. Abfälle werden nicht wieder mit nach Hause genommen und entsorgt – sei das nach einem Ausflug in die Stadt, in die Umgebung oder in die Berge.

Es ist erstaunlich, Stadtrat W. Bossert war vor einiger Zeit an einem Rastplatz, der sehr sauber aufgeräumt war. Auf die Frage, warum keine Abfallkübel aufgestellt worden sind, wurde ihm erklärt, wenn Abfallkübel aufgestellt werden, nehmen die Leute ihren Abfall nicht mehr nach Hause – auch wenn der Abfallkübel voll ist. Man kann also nicht sagen, dass die Stadt sauberer wird, wenn mehr Abfallkübel aufgestellt werden – manchmal ist das Gegenteil der Fall. Es gibt auch in Europa Länder, die sehr saubere Städte vorweisen können. Länder von denen man früher gedacht hat, es handle sich schon fast um Drittweltländer. Offensichtlich machen sich die Menschen die Mühe ihren Abfall mitzunehmen oder in einen Kübel zu werfen. In Tokio wird man sogar schräg angeschaut, wenn man die Asche einer Zigarette auf den Boden fallen lässt. Das sind andere Denkweisen. Der Handlungsspielraum des Stadtrates ist aber nicht so gross, wie man glaubt. Der Stadtrat erhält zwar immer wieder viele Rezepte. Die Arbeitsgruppe Sauberkeit schaut sehr genau hin und sammelt Erfahrungen aus verschiedenen Gemeinden. Die Probleme sind in der Schweiz überall die gleichen. Viele sind zum gleichen Schluss gekommen wie die Gemeinde Wallisellen. Man muss in Kindergärten, Schulen und Sportvereinen beginnen. Das macht die Stadt Winterthur seit Jahren, das Ziel ist aber noch nicht erreicht. Man müsste die Bevölkerung erziehen – und zwar die Kleinen und die Grossen. Das macht der Stadtrat eher ungern, weil viele Leute dafür nicht sehr offen sind. Bussen wurden bereits erwähnt. Die könnten sicher eingeführt werden. Man muss sie aber auch umsetzen können – das wird ausserordentlich schwierig. Wenn man jemandem nicht nachweisen kann, dass er das Papier weggeworfen hat, kann auch keine Busse ausgesprochen werden. Wenn der Gemeinderat das Postulat überweist, kann der Stadtrat eine Auflistung präsentieren was in Winterthur alles unternommen wird und welche Optionen vorhanden sind. Dass das Problem wie gewünscht gelöst werden kann, das kann Stadtrat W. Bossert nicht versprechen.

Vizepräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat stimmt mit grosser Mehrheit für die Überweisung.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2008/047: Begründung des Postulats St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe

St. Fritschi (FDP): Das Postulat ist aufgrund der Informationen zu den Umbauplänen beim Hauptbahnhof entstanden. In keiner Präsentation wurden die Parkplätze erwähnt, die dazu dienen Reisende abzuholen oder auf den Bahnhof zu bringen. Es soll lediglich Parkplätze im Parkhaus geben. Das ist absolut ungenügend. Vor allem für die Stadtkreise Seen, Oberwinterthur und Altstadt ist es zwingend, dass eine genügend grosse Anzahl von Kurzzeitparkplätzen auf der Seite der Milchrampe zur Verfügung steht. Es ist bekannt, wenn sehr viele Reisende in die Ferien fahren, vor allem wenn es sich um Schulkinder auf dem Weg in ein Ferienlager handelt, herrscht ein enormes Chaos auf der Seite der Hauptpost. Die Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zum Bahnhof, sie finden aber keine Parkplätze. Zurzeit ist die Situation aufgrund der Bauarbeiten gravierend. Bereits vor Baubeginn war die Situation unbefriedigend. Jetzt ist alles noch viel schlimmer. Wenn die Leute mit ihren Autos am Bahnhof vorfahren blockieren sie oft die Buslinien auch für die Blaulichtorganisationen gibt es oft kein Durchkommen mehr. Es ist klar, dass diese Parkplätze einem Bedürfnis der Winterthurer Bevölkerung entsprechen. Diese Parkplätze sind notwendig, damit die Eltern Kinder mit viel Gepäck auf bequeme Art zum Bahnhof bringen können. Auch für ältere Leute ist das ganz wichtig. Es ist zwingend, dass diese Vorfahrtsmöglichkeit geschaffen wird. Damit wird der öffentliche Verkehr gefördert. Es wäre ein Schildbürgerstreich diese Parkplätze abzulehnen, weil die Gefahr besteht, dass die Leute die ganze Strecke mit dem Auto zurücklegen. Das kann nicht das Ziel sein. Das Ziel muss sein, Winterthur zu einer gastfreundlichen Stadt zu machen. St. Fritschi hofft, dass er mit diesem Postulat offene Türen einrennt. Er möchte das Postulat aber trotzdem überweisen, weil es sich um ein wichtiges Anliegen handelt, das er dem Stadtrat zur Behandlung unterbreiten will. St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder mitzuhelfen, dass eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr gewährleistet werden kann.

R. Wirth (SP): Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab und stellt einen Ablehnungsantrag. Die SP sieht durchaus ein, dass es Parkplätze braucht um die öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen. Der Zeitpunkt des Postulats ist aber ungünstig. Zurzeit wird der Masterplan Bahnhof diskutiert. Im Rahmen dieses Projekts müssen auch die Parkierungsmöglichkeiten abgeklärt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es ein Leerlauf, die Verwaltung mit diesem Postulat zu beschäftigen. Es gibt zudem die Möglichkeit das Parkdeck zu nutzen. Dort kann 15 Minuten gratis parkiert werden. Die FDP findet das aber eine Zumutung für die Bevölkerung aus Oberwinterthur, weil ein Lichtsignal mehr passiert werden müsste. Dabei handelt es sich aber um einen unbedeutenden Zeitunterschied. R. Wirth bittet die Ratsmitglieder, dem Ablehnungsantrag zuzustimmen.

A. Ramsauer (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der SP. Fahrten mit dem motorisierten Individualverkehr in die Innenstadt sind möglichst zu vermeiden. Eine Ausnahme bilden die gewerblichen Fahrten, das gilt aber nicht für den Abholverkehr. Zusammen mit Park-and-Ride gehört diese Art von Verkehr an die Peripherie und nicht in die überlastete Innenstadt. Das Unnötige muss kanalisiert werden. Dazu dienen die Parkdecks über den Gleisen, dort kann eine viertel Stunde lang gratis parkiert werden. Der Lift garantiert einen behindertengerechten Zugang. A. Ramsauer kann sich nicht vorstellen, wie man von Seen oder Mattenbach her ausgerechnet die Zufahrt zum Bahnhofplatz ansteuern kann – über die Technikums- und die Rudolfstrasse kommt man viel einfacher zum Parkhaus. St. Fritschi selber fährt vorbildlich mit dem Velo und hat offenbar nicht bemerkt, dass er ein Umwegpostulat lanciert hat. A. Ramsauer versteht auch seine Abholthese zur Förderung des öffentlichen Verkehrs nicht. Es ist unwahrscheinlich, dass jemand an die Zieldestination fährt um jemanden abzuholen, nur weil er nicht direkt beim Bahnhofplatz kurzfristig parkieren kann. Das kurzzeitige Parkieren auf dem Parkdeck ist keine Zumutung sondern eine Erleichterung. Seen und Oberwinterthur sind zudem durch eine direkte S-

Bahn-Verbindung nach Zürich erschlossen. Damit entfällt das Abholen am Hauptbahnhof für alle Destinationen, die in Zürich gute Anschlüsse an die S12 haben. Das sind praktisch alle nationalen Zielorte. Die Grüne/AL-Fraktion kann, wie die Stadt Winterthur, auch ohne diese Parkplätze leben und lehnt das Postulat ab.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion überweist das Postulat. Es ist eine Tatsache, dass das Bedürfnis nach Kurzzeitparkplätzen auf der Ostseite des Bahnhofs gross ist. Das hat W. Schurter selber erfahren, als er die Skiausrüstung am Bahnhof aufgegeben hat. Das ist zurzeit ein Problem. Man kann mit einem Auto kaum bis zum Bahnhof fahren, weil die Kurzzeitparkplätze fehlen. Sicher kann das Parkdeck genutzt werden. Der Weg vom Parkdeck ins Bahnhofgebäude ist aber nicht optimal. Das Gepäck muss die Treppe hinunter geschleppt werden. Mit genügend Kurzzeitparkplätzen können die Leute am Hauptbahnhof vorfahren und dann den öffentlichen Verkehr benutzen. Das ist bedeutend bequemer. Vor allem als Treffpunkt für Gruppen, die in die Ferien oder in ein Lager reisen, ist das wichtig. Deshalb braucht es genügend Parkierungsmöglichkeiten.

H. Keller (SVP) ist bekannt, dass er sich auch für die Radfahrer in der Stadt Winterthur einsetzt. Jetzt setzt er sich für einmal für die Autofahrer ein. Er spricht vor allem für den Teil der Winterthurer Bevölkerung, der leider nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Bahnhof gelangen kann. Gerade die Aussenwachen werden wieder vermehrt vernachlässigt. Auch Stadel und andere Aussenwachen gehören zur Stadt Winterthur. Leider sind sie noch nicht durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Auch in den Aussenwachen wohnen ältere Menschen, diese können die 1,5 Kilometer bis zum Bahnhof nicht zu Fuss bewältigen. In Oberwinterthur gibt es direkt bei der Busstation keine Parkplätze mehr. Die wenigen, die vorhanden waren, wurden umfunktioniert und gehören jetzt zur Blauen Zone. Wenn man Zugreisende aus den Aussenwachen zum Bahnhof bringen oder abholen will, bleibt nur die Fahrt mit dem Auto. Beim Bahnhof angekommen, muss man zuerst eine Rundfahrt um den Bahnhof machen, um einen Parkplatz zu finden. Das Bahnhofparkhaus ist oft besetzt und es bestehen keine Chancen in der Nähe des Bahnhofs einen Parkplatz zu finden. H. Keller bittet die Ratsmitglieder das Postulat zu unterstützen.

Ch. Denzler (FDP) ist eine passionierte Velofahrerin. Es gibt aber Situationen, da ist die Fahrt mit dem Auto notwendig – zum Beispiel wenn Angehörige vom Bahnhof abgeholt werden müssen. Soll Ch. Denzler ihre Schwiegermutter am Hauptbahnhof umsteigen und nach Oberwinterthur fahren lassen, obwohl sie beinahe blind ist? Das wäre ein zusätzliches Erschwernis. Wenn am Bahnhof Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden, wäre das eine grosse Erleichterung. Als Mutter von vier Kindern, hat Ch. Denzler oft das Chaos am Bahnhof erlebt, wenn die Kinder in ein Ferienlager abgereist sind. Wenn immer möglich werden die Kinder von Ch. Denzler mit dem Bus zum Bahnhof gebracht. Wenn sie aber viel Gepäck mitnehmen müssen, ist es sehr praktisch, wenn man in der Nähe der Milchrampe kurz parkieren kann.

L. Banholzer (EVP/EDU): Die EVP und die EDU sind ebenfalls der Meinung, dass die Kurzzeitparkplätze weiterhin notwendig sind. Mit einer Neugestaltung des Platzes ist es sicherlich möglich eine befriedigende Lösung zu finden. Aus diesem Grund unterstützen EVP und EDU das Postulat.

St. Fritschi (FDP): A. Ramsauer und die SP sprechen jetzt von der Rudolfstrasse. Die Strasse wird aber in naher Zukunft geschlossen, damit werden auf dieser Seite des Bahnhofs noch viel mehr Probleme entstehen. Jemand, der von Seen her kommt, müsste einen sehr grossen Umweg fahren. Es kann doch nicht das Ziel sein, noch mehr Verkehr zu generieren. Die Rudolfstrasse darf man nicht als Option sehen. In Bezug auf die S12 ist zu sagen, dass nicht die Pendler diese Kurzzeitparkplätze benötigt sondern Reisende, die Fernverkehrsverbindungen nutzen. Diese Züge fahren nicht nach Seen und Oberwinterthur und es wird oft viel Gepäck mitgenommen. Es gibt zum Beispiel keine direkte Verbindung vom Flughafen nach Oberwinterthur oder Seen.

A. Ramsauer (Grüne/AL) ist der Meinung, dass der Abholdienst auch in Seen und Oberwinterthur möglich ist. Der Flughafen ist vielleicht die einzige Destination ohne direkte Verbindung. Sämtliche Fernverkehrsdestinationen, die ein Umsteigen in Zürich notwendig machen, können problemlos mit der S12 erreicht werden. Was die Rudolfstrasse anbelangt, ist die Zufahrt zur Parkhausrampe weiterhin gewährleistet.

H. Iseli (EDU): A. Ramsauer hat offensichtlich St. Fritschi nicht richtig verstanden. Hat A. Ramsauer jemals ein Kind begleitet, das in ein Ferienlager gereist ist? Wenn man mit Kindern in ein Ferienlager fährt, sucht man eine Zugverbindung, mit der die Destination ohne Umsteigen in Zürich erreicht werden kann. Genau zu diesem Zweck sind die Kurzzeitparkplätze notwendig. Die Kinder werden mit dem Auto zum Hauptbahnhof gefahren. Das Gepäck kann dann mit Hilfe der Lagerleiter im Zug verstaut werden. Das ist der grosse Vorteil dieser Kurzzeitparkplätze. Es kann nicht sein, dass ein 12jähriger mit Gepäck und Skiern in Seen in den Zug einsteigen und dann am Hauptbahnhof den Lagerleiter suchen muss. Wenn einige Kurzzeitparkplätze erstellt werden, ist das für die Grünen kein Unglück. Für die Eltern ist es eine grosse Erleichterung, wenn sie die Kinder bis zum Hauptbahnhof fahren können. Auch das Abholen von betagten Menschen wird erleichtert.

P. Fuchs (SVP): Winterthur ist eine Grossstadt. Die Stadt ist auch eine Rekordhalterin. Als einzige Grossstadt sind am Bahnhof keine Kurzzeitparkplätze vorgesehen. P. Fuchs fordert die Ratsmitglieder auf, sich die Situation am Bahnhof an einem Samstag anzuschauen. Hunderte von Autos fahren beim Bahnhof vor. Kinder mit Skiern, Snowboards und Rucksäcken werden ausgeladen und auch ältere Menschen mit ihrem Gepäck. Es braucht keine Gratisparkplätze im Parkhaus. Es braucht Platz beim Bahnhof, auf dem einige Minuten angehalten werden kann um Leute zur Bahn zu bringen oder abzuholen. Mehr braucht es nicht.

D. Schraft (Grüne/AL) regt sich darüber auf, dass dauernd die Kinder, die in ein Ferienlager reisen als Begründung präsentiert werden. D. Schraft hat drei Kinder, die alle ein Lager besucht haben. Trotzdem ist sie nie mit dem Auto zum Bahnhof gefahren. In den Anweisungen für das Lager steht, dass die Kinder fähig sein müssen, das Gepäck selber zu tragen. Wenn sie das nicht können, haben sie zuviel Gepäck dabei. Es ist ohne Probleme möglich die Kinder mit dem Bus zum Bahnhof zu bringen. Offensichtlich wird D. Schraft als Rabenmutter angesehen, weil die Kinder das Gepäck selber tragen müssen.

A. Ramsauer (Grüne/AL), persönliche Erklärung: Es ist nicht die Rede davon, dass die Kurzzeitparkplätze im Parkhaus abgeschafft werden. Es besteht die Möglichkeit dort vorzufahren und Leute auf den Bahnhof zu bringen oder abzuholen. Vom Parkhaus aus gibt es einen direkten Zugang über den Lift zum Perron. Etwas Bequemes gibt es kaum.

Stadtrat W. Bossert weiss nicht recht ob er lachen oder traurig sein soll. Die Ratsmitglieder haben lange über etwas debattiert, das der Gemeinderat vor zweieinhalb Jahren beschlossen hat. St. Fritschi hat erklärt, er habe noch nie etwas Schriftliches darüber gesehen. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat aber folgenden Antrag vorgelegt: „Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan Milchküche“. Dieser ist vom Gemeinderat genehmigt worden. Auf diesem Plan sind Parkplätze eingezeichnet. Damit ist das Problem gelöst. Das Postulat ist nicht notwendig. Stadtrat W. Bossert bittet die Ratsmitglieder, das zur Kenntnis zu nehmen.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt mit 30 zu 24 Stimmen für die Überweisung des Postulats.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2008/015: Beantwortung der Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend Kontrolle der Holzheizungen

A. Meier (FDP): Plötzlich geht es doch. Wenn man miteinander gesprochen hätte, wäre diese Interpellation überflüssig gewesen. A. Meier dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist erfreulich, dass sich die Stadt und der Kaminfeerverband einigen konnten. Die Hauseigentümer können jetzt wählen, wen sie mit der obligatorischen Kontrolle der Holzheizungen beauftragen wollen. Für die Eigentümer von Holzheizungen ist es einfacher, wenn der Kaminfeher, der die Heizung reinigt und wartet auch die vorgeschriebene Kontrolle vornimmt. Die Umsetzung erfolgt jetzt nach den Vorschlägen der Interpellantin. Die Stadt soll keine Aufgabe übernehmen, die sie nur mit grossem Aufwand und sicherlich auch nur mit zusätzlichem Personal bewältigen kann – auch wenn der Stadtrat in seiner Antwort diesen Umstand verneint. Es gibt Fachleute, die durchaus in der Lage sind, diese Kontrollen durchzuführen.

P. Dennler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im positiven Sinn zu Kenntnis. Anlass zu dieser Interpellation war das Unbehagen des Kaminfeerverbandes gegenüber dem Vollzugsmodell 1 mit der amtlichen Kontrolle. Das ist jetzt nicht mehr aktuell. Der Stadtrat hat die Sachlage erläutert und die Interessen des Kaminfeerverbandes gewahrt. Frage 2 thematisiert die Problematik mit der Verbrennung von Abfall. Der Kaminfeher könnte in solchen Fällen ein Problem damit haben seinen Kunden zu verzeigen, weil er seine Holzfeuerung als Kehrichtverbrennungsanlage benützt. Jeder Kaminfeher muss seine Verantwortung wahrnehmen und lernen mit diesem Interessenskonflikt umzugehen. Ausserdem ist es die Sache der Bürgerinnen und Bürger, Öfen und Cheminees nicht zur Verbrennung von Abfall zu benutzen. Wenn jemand das feststellt, wird er sicherlich auch Anzeige erstatten. Das ist keine Denunziation sondern ein Dienst an der Umwelt. P. Dennler hat viel Freude am Holzofen, der eine heimelige Wärme verbreitet. In der Übergangszeit kann mit der Holzfeuerung die Heizung ersetzt werden. Holz ist eine erneuerbare Ressource – im Gegensatz zu Gas und Öl. P. Dennler weist darauf hin, dass alle Cheminee-Besitzer, die weniger als einen halben Ster Holz pro Jahr verbrennen, die Anlagen nicht kontrollieren lassen müssen. Das sind diejenigen, die am Wochenende jeweils etwas Holz verbrennen.

U. Bründler (CVP): Die Vorgaben des Kantons sämtliche Holzheizungen zu kontrollieren, sind eine gute Sache für die Umwelt. Dass bei einer Umsetzung dieser Grössenordnung Partikularinteressen zum Vorschein kommen, ist nachvollziehbar. Das Vorgehen der Kaminfeher hinterlässt aber einen leicht schalen Geschmack. Doch die Stadt und der Kaminfeerverband haben sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gefunden. Sie haben miteinander geredet. Die Kaminfeher haben die begehrten Daten der Stadt ausgehändigt und sie werden für ihren Aufwand mit einem Unkostenbeitrag entschädigt. Auf der anderen Seite ist das von der Stadt ausgewählte Vollzugsmodell II für die Kaminfeher interessant, kann doch der Eigentümer selber wählen, wer die Holzfeuerung kontrollieren soll – ob die städtische Feuerungskontrolle, der Kaminfeher oder eine Drittfirma. Auf jeden Fall wurde eine Einigung getroffen, die sich für alle lohnt.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er eine Lösung mit dem Kaminfeerverband finden konnte. Grüne und AL sind sehr interessiert daran, dass allfällige Missbräuche – wie Abfallverbrennung – konsequent geahndet werden. Kehrichtverbrennung in privaten Holzheizungen verschlechtert die Luft zusätzlich.

W. Steiner (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist zu begrüssen, dass sich die Stadt mit dem Kaminfeerverband einigen konnte und das Vollzugsmodell II akzeptiert. Wichtig ist, dass die bisherige Praxis bestehen bleibt und die Eigentümer von Holzfeuerung die Kontrollinstanz selber wählen können.

J. Heusser (FDP) dankt dem Stadtrat herzlich für die Antwort. Die Kaminfeger reparieren nicht mehr die Öfen sondern sie machen ihre eigene Arbeit. Dadurch hat J. Heusser mehr Arbeit. Er dankt P. Dennler für ihre Werbung für Holzfeuerungen.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass das Wort nicht mehr gewünscht wird. Damit ist die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2006/094: Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard Fitze (EVP) und M. Schwager (SP) betreffend seniorenfreundliche Stadt

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Im Gegensatz zur nationalen Studie ist es erfreulich, dass in Winterthur weniger Senioren auf Fussgängerstreifen verunfallen, als national. Infrastruktur in Winterthur: Dass die 400 Meter Distanz zu den Bushaltestellen überprüft werden soll, ist erfreulich. Was ebenfalls zu überprüfen wäre; Ist in Quartieren ohne Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die Bedienung mit Kleinbussen möglich? Je länger je mehr gibt es Quartiere, in denen es für die älteren Bewohner immer schwieriger wird einen Anschluss zu finden. In diesem Bereich müsste man noch mehr Prioritäten setzen. Mit der Antwort zu den Fussgängerlichtsignal-Anlagen bei Schulhäusern und Altersheimen ist B. Günthard Fitze nicht ganz einverstanden. Sie beobachtet immer wieder Seniorinnen und Senioren, die auf einem Fussgängerstreifen die Strasse überqueren und muss feststellen, dass die Grünphasen zu kurz sind. Das Lichtsignal schaltet bereits auf rot, bevor eine gehbehinderte Person die Strasse überquert hat. Das wird auch von den Seniorinnen und Senioren bestätigt. Gemäss der Devise der Altersplanung – ambulant vor stationär – sind auch vermehrt Senioren in der ganzen Stadt unterwegs, nicht nur in der Nähe von Alterszentren. Das heisst alle Grünphasen müssen verlängert werden. Es gibt sehr viele Personen, die mit Rollatoren unterwegs sind. Mit diesen Gehhilfen sind Trottoirabgänge oft nur schwer zu überwinden. Hier braucht es Verbesserungen. Die Anzahl der Kontrollen in den Tempo 30 Zonen müssen erhöht werden. Viele Fahrzeuglenker halten sich nicht an die Limiten. Das ist auch in der Statistik aufgeführt. Prävention und Instruktion müssen aktiver und öfter erfolgen. Unter Einbezug von Ortsgruppen, wie zum Beispiel der Pro Senectute oder dem Seniorenverband, sollten die entsprechenden Lerneinheiten durchgeführt werden, um die betroffenen Personen zu sensibilisieren und in die Planung mit einzu beziehen. Diese wissen am besten wo die Schwierigkeiten liegen. B. Günthard Fitze hofft, dass der Stadtrat diese Personengruppe im Sinne des Postulats weiterhin im Auge behält, dass Unfälle vermieden werden können und altersgerechtes Wohnen noch mehr Qualität erhält.

B. Baltensberger (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Für den Stadtrat ist es nicht notwendig, das Fussgängernetz in Bezug auf die Unfallprävention systematisch zu überprüfen, weil das Niveau der Präventionsmassnahmen bereits sehr hoch sei und betagte Fussgängerinnen und Fussgänger zahlenmässig nicht öfters verunfallen als andere Personengruppen. Mit dem Versprechen, dass die Präventionsmassnahmen stetig weitergeführt werden, wähnt der Stadtrat die Forderungen des Postulats erfüllt. Die Antwort mutet aber sehr durchzogen an. Das heisst das ganze ist etwas schwammig. Es fehlt zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der Frage was gute und sichere Fussgängerstreifen ausmacht. B. Baltensberger denkt an Mittelinseln und abbiegende Autos, wenn die Ampel für Fussgänger grün ist. Der Stadtrat erwartet Meldungen aus der Bevölkerung, um Schwachstellen auszumachen, das funktioniert nicht zuverlässig. Ein Beispiel ist der Fussgängerstreifen, der vom Pflegezentrum Wiesengrund über die Wülflingerstrasse führt. Die Überquerungszeit ist zu kurz und es gibt immer wieder Konflikte mit abbiegenden Fahrzeugen, die ebenfalls Grün haben. Es ist ein Wunder, dass noch keine gravierenden Unfälle zu verzeichnen sind. Es besteht noch immer ein Handlungsbedarf seitens des Stadtrates. Er muss sich überlegen wie die betroffene Bevölkerung einbezogen werden kann. In Zukunft werden mehr alte Leute

auf den Strassen unterwegs sein. Das wissen alle. Die stadträtliche Antwort lässt die entsprechende Aussicht vermissen. Es darf nicht mehr vorkommen, dass die betagten Personen bei der Planung der Infrastruktur vergessen werden, wie zum Beispiel im Fall der Unterführung bei der Milchrampe. Dort hat man alles vergessen, Velofahrer, Leute die mit Kinderwagen unterwegs sind und gehbehinderte Menschen. Die Ausschilderung für gehbehinderte Personen und die Schaffung von Begegnungszonen – das ist Zukunftsmusik. Die SP hat mit einem entsprechenden Vorstoss bereits vorgesorgt. Sie erwartet jetzt vom Stadtrat die entsprechenden Aktivitäten.

A. Meier (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinn Kenntnis von der Postulatsantwort. Die FDP hat die Überweisung des Postulats abgelehnt. Sie ist mit der Haltung und der Antwort des Stadtrates zufrieden. Es ist gut, dass im Rahmen von neuen Projekten die Bedürfnisse der Senioren geprüft und allenfalls berücksichtigt werden. Die Prüfung soll aber die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer umfassen. Die Analyse der Fussgängerumfälle auf Stadtgebiet hat gemäss Postulatsantwort ergeben, dass keine baulichen und betrieblichen Unfallursachen identifiziert werden konnten. Darüber ist die FDP sehr froh und sieht sich bestätigt, dass auf eine kostspielige systematische Überprüfung des Fussgängeretzes verzichtet werden kann, und dass die Stadt eine Überprüfung nur bei Bedarf und nicht auf Vorrat vornimmt. Auch Präventionsmassnahmen sollen nur bei Bedarf intensiviert werden. Die Bevölkerung soll aufmerksam sein und sich melden, wenn Handlungs- oder Verbesserungsbedarf besteht.

W. Badertscher (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Der Anteil der betagten Bevölkerung steigt an und wird eine noch grössere Bedeutung erlangen. Die Unfallstatistik zeigt, dass sich 70 % der schweren und tödlichen Verletzungen von Fussgängerinnen und Fussgängern bei der Querung von Strassen ereignen. Besonders gefährdet sind Kinder zwischen 4 und 10 Jahren und Menschen ab 64 am stärksten gefährdet sind Menschen ab 74. Bei 70 % der Unfälle mit Kindern, wird den Kindern ein Fehlverhalten zugeschrieben. Bei den Unfällen mit Senioren liegt die Ursache in 60 % der Fälle beim unachtsamen Betreten der Strasse. Vorsicht von allen Strassenbenutzerinnen und Benutzern ist nach wie vor das wichtigste und wirksamste Mittel um Unfälle zu vermeiden. Telefonieren; Zeitung lesen und andere stark ablenkende Tätigkeiten beim Lenken eines Fahrzeuges sind konsequent zu verfolgen. Jeder Unfall ist einer zuviel. Daher begrüsst die SVP alle Massnahmen, die bei einer Erneuerung der Strasse das Unfallrisiko vermindert. Gemäss Auswertung der Statistik ist zurzeit keine Hochrisikostelle auszumachen, die einer Sanierung bedürfte. Es ist aber richtig die Situation laufend zu überprüfen, so wie das die Stadt macht. Um noch mehr Unfälle zu vermeiden, wäre es richtig, die Strecken für Fahrzeuge und Fussgänger zu trennen. Das ist faktisch aber nicht machbar. Die SVP stimmt der Postulatsantwort zu.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Anliegen dieses Postulats entsprechen den Zielen der Grüne/AL-Fraktion. Die vom Stadtrat aufgezeigten und teilweise bereits umgesetzten Lösungsansätze wie Entschleunigung des motorisierten Verkehrs, Einführung von Tempo 30 Zonen und vom motorisierten Individualverkehr entkoppelte Angebote für den Langsamverkehr, fordert die Grüne/AL-Fraktion seit langem. Einen Punkt hat der Stadtrat in seiner Aufzählung der Präventionsmassnahmen vergessen. Nämlich die Reduktion des Verkehrs – vor allem des motorisierten Individualverkehrs. Gemäss stadträtlichen Angaben sind die häufigsten Kollisionsgegner Personenwagen. Unter Berücksichtigung dieser Fakten ist in der Vergangenheit in diesem Bereich zu wenig unternommen worden und in Zukunft sind auch keine entsprechenden Massnahmen geplant. Die Grüne/AL-Fraktion hofft, dass mit dem Entscheid in Bezug auf das Road Pricing ein Schritt getan werden kann. Winterthur soll nicht nur seniorenfreundlich sein sondern eine lebenswerte Stadt für alle Bewohnerinnen und Bewohner. In der Hoffnung, dass in Zukunft der Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs mehr Beachtung geschenkt wird, nimmt die Grüne/AL-Fraktion die Antwort positiv zu Kenntnis.

M. Hollenstein (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort. Die Ansprüche der verschiedenen Benutzergruppen im Strassenverkehr und im öffentlichen Raum sind unterschiedlich und stets im Wandel. Es sind deshalb immer Kompromisse notwendig, damit für alle möglichst optimale Verhältnisse garantiert werden können. Mit den aktuellen Legislaturzielen und aufgrund der Altersplanung ist die Stadt auf das Thema Alter sensibilisiert, sodass die CVP davon ausgeht, dass die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren laufend in die Entwicklung des täglichen Umfelds in der Stadt einfließen. Es ist selbstverständlich, dass das auch für Menschen, die in ihrer Mobilität behindert sind, für Kinder und Familien gilt. Der Stadtrat ist eingehend auf dieses Thema eingegangen.

Stadtrat W. Bossert dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme der Antwort. Der Stadtrat kann versichern, wenn er von Problemen im Strassennetz hört, geht der dem seriös nach und überprüft jeweils sehr schnell, ob und wie ein Problem gelöst werden kann. Es gibt verschiedene Anspruchsgruppen, die sich auf die gleiche Fläche beziehen. Der Stadtrat muss Lösungen finden, die für alle funktionieren. Bedingung ist aber, dass der Stadtrat erfährt, wenn Probleme vorhanden sind. Allein aus dem Unfallgeschehen lassen sich keine Problemstellen eruieren, die baulich verändert werden müssen. Wenn dem so wäre, hätte der Stadtrat längst reagiert. Die Unfälle zeigen unterschiedliche Charakteristika. Es ist nicht möglich alles zu überprüfen. Der Stadtrat muss erfahren, wo, was nicht funktioniert. Dieser Austausch funktioniert mit der Velogruppe hervorragend. Mitglieder dieser Gruppe fahren das ganze Velonetz ab und melden Gefahrenstellen. Der Stadtrat bespricht diese Meldungen und führt, wenn nötig, Änderungen ein. Wesentlich ist, dass sich auch die älteren Leute melden. Diesen aktiven Einbezug nimmt der Stadtrat ernst. Mehr kann er nicht machen.

Vizepräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass der Gemeinderat im zustimmenden Sinn von der stadträtlichen Antwort Kenntnis genommen hat. Damit ist das Postulat erledigt und wird von der Geschäftsliste abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2008/031: Begründung des Postulats R. Werren (FDP) und U. Dolski (CVP) betreffend Spucken in der Öffentlichkeit

R. Werren (FDP): Alle wissen worum es geht. Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, der Allgemeinen Polizeiverordnung im Artikel 30 einen zusätzlichen Absatz einzufügen. Dieser Absatz soll der Polizei ermöglichen das Spucken auf der Strasse zu büssen. Eine kleine Sache! Wahrscheinlich haben alle, die im Rat sitzen während ihrer Wahlkampagne in den letzten Jahren wiederholt versprochen, dass sie Anliegen aus dem Volk ernst nehmen. Hier haben die Ratmitglieder die Möglichkeit ein grosses Anliegen der Bevölkerung wahrzunehmen. Es handelt sich nicht um ein traumhaftes sondern eher ein trauriges Anliegen. Traurig ist es, weil wir in einem kulturell hochstehenden Land leben. Auf Reisen konnte jeweils mit Genugtuung festgestellt werden, dass in der Schweiz weniger Unordnung herrscht als in vielen anderen Ländern. Diese Zeiten sind längst vorbei. Littering und Spucken in der Öffentlichkeit sind weit verbreitet. Dieses Postulat hat ein grosses Medienecho hervorgerufen. Ausser von einer Organisation hat R. Werren nichts Negatives gehört. Sie legt einige Briefe und E-Mails auf, die sie zu diesem Thema erhalten hat. Viele Leute haben ihr geschrieben, dass dieses Postulat notwendig und wichtig ist. Im Jahr 2006 hat die NZZ einen Artikel zum Thema Spucken geschrieben. Die vielen Zuschriften an R. Werren zeigen die Betroffenheit der Bevölkerung. Auch auf der Strasse hat man R. Werren für diesen Vorstoss gedankt. So viele Reaktionen hat sie noch nie erhalten.

Die Aussagen von Ärzten zeigen, dass die Gefahr von Tuberkulose nicht so gross ist, wie von R. Werren ursprünglich angenommen. Diese Krankheit hat zwar in den osteuropäischen Ländern zugenommen. In der Schweiz bleiben die Zahlen aber stabil. In dieser Hinsicht sind die Aussagen im Postulat etwas übertrieben. Wenn das Postulat überwiesen wird, werden

der Stadtpräsident und die Stadträtinnen und Stadträte kollegial entscheiden, wie es weiter gehen soll. Der Stadtrat betont regelmässig die Vorzüge von Winterthur. Er unternimmt viel, damit sich neue Firmen und gute Steuerzahler in der Stadt ansiedeln. Gemeinderat und Stadtrat müssen aber die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Dazu gehört auch die Sauberkeit – auch wenn sich vielleicht einige nicht gerne mit diesem Thema befassen.

R. Werren befasst sich aber mit den Anliegen der Bevölkerung. Wenn Winterthur eine saubere Stadt werden soll, müssen auch die Politikerinnen und Politiker mithelfen. R. Werren bittet die Ratsmitglieder, das Postulat zu unterstützen. Sie bittet den Stadtrat eine wirkungsvolle Lösung zu suchen. Es geht nur um einen Satz, der im Artikel 30 eingefügt werden soll. Das Spucken und Wegwerfen von Abfall im öffentlichen Raum soll gebüsst werden. Man kann nicht jeden büssen, das ist klar. Wenn das Postulat heute überwiesen wird, wird das in den Medien bekannt. Das hat vielleicht eine präventive Wirkung. Es ist Zeit für diese Massnahmen. Jetzt muss gehandelt werden. Man darf nicht abwarten bis die Situation noch unhaltbarer wird. R. Werren bittet die Ratsmitglieder keinen Ablehnungsantrag zu stellen.

U. Dolski (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Als am 20. März 2008 das Postulat eingereicht wurde, hat das einiges Aufsehen erregt. Zum einen sind die Postulantinnen für ihre kleinbürgerlichen Forderungen verhöhnt und als unzeitgemäss beschimpft worden. Zum anderen aber haben sie auch Lob und Dank von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern erhalten. Was ein so grosses Echo auslöst, ist entweder völlig unangebracht oder ein ernstzunehmendes Bedürfnis der Bevölkerung. Abgesehen davon, dass Spucken ekelhaft ist, verstösst es auch gegen die guten Sitten. Damit diese Unsitte nicht zum Brauch wird, müssen Massnahmen ergriffen werden. Namens der CVP hält U. Dolski fest, dass es nicht nur ums Spucken geht, sondern um Anstand, der im Kleinen anfängt. Was als selbstverständlich gilt, sollte auch eingehalten werden. In diesem Sinne bittet U. Dolski die Ratsmitglieder, das Postulat zu überweisen.

D. Berger (Grüne/AL) stellt einen Ablehnungsantrag. Er hat leider nicht so schöne Zuschriften erhalten wie R. Werren. In seinem Bekanntenkreis hat er vor allem höhnische Bemerkungen zu hören bekommen. Man sieht aber, dass es für viele ein grosses Anliegen ist. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Forderung nach einem Antispuckparagrafen ist eine unnötige Aufblähung der Polizeiverordnung. Mit dem Artikel 29 ist der erwähnte Tatbestand bereits in der Verordnung enthalten und könnte geahndet werden. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass Spuckerinnen und Spucker nicht gebüsst werden, weil der Nachweis dieses Verbrechens in der Praxis sehr schwierig ist. Nötig wäre dann wohl eine Spuckpatrouille, um den Aufwand zu bewältigen. Es gibt wichtigeres. Die IG Freiheit, in der eine Mehrheit der Parteien vertreten sind, hat sich kritisch zu diesem Passus geäussert. D. Berger bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen. Damit verhindern sie auch ein Kopfschütteln bei einem grossen Teil der Bevölkerung. Das Argument, dass durch das Spucken in der Öffentlichkeit die Gefahr der Ansteckung durch Tuberkulose ansteigt, ist entkräftet worden. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt auch den Geist ab, der in China, Nordkorea oder Singapur in Bezug auf die Verunreinigung des öffentlichen Raumes herrscht. Es befremdet, dass diese Argumentation aus der liberalen Ecke stammt. Wenn man diese Staaten als positives Beispiel für die Bekämpfung von Verunreinigung des öffentlichen Raumes anerkennt, landet man in der falschen Ecke.

H. Iseli (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion steht diesem Postulat wohlgesinnt gegenüber. Vielleicht nicht unbedingt in der vorgeschlagenen Härte mit einem Artikel in der Polizeiverordnung. Das was jetzt diskutiert wird, ist wohl eher Stammtischpolitik. Es ist das was der Bürger am Stammtisch und auf der Strasse sagt. Die Politiker diskutieren allgemein lieber etwas höher stehende Themen. Es ist aber eine Tatsache, dass die Spuckerei eine ekelhafte Angelegenheit ist. Man kann sehr viel bewirken, wenn das Thema unter die Lupe genommen wird. Vor allem in den Vereinen ist eine Kampagne notwendig. Das weiss H. Iseli als Juniorenobmann. Wenn man am Samstagabend den Fernseher einschaltet sieht man Fussballer, die eine Million verdienen und auf den Rasen spucken. Es ist Usus, dass man auf den Platz läuft und spuckt. Dort kann jeder selber anfangen – in der eigenen Umgebung. Mit einer Kampagne kann man die Leute auf diese Unsitte aufmerksam machen. Die Poli-

zeiverordnung soll erst zuletzt eingesetzt werden. H. Iseli will nicht, dass die Polizei durch diesen Vorstoss zu viel Arbeit erhält. Es ist eine sinnvolle Sache, das Postulat ist ernsthaft gemeint. Gegen die Unsitte des Spuckens soll eine Kampagne geführt werden. Dieses Verhalten ist nichts anderes als eine Frage der Erziehung. Vielleicht muss man die Leute wieder einmal darauf aufmerksam machen. H. Iseli dankt für die Überweisung des Postulats.

J. Lisibach (SVP) spricht nur für einen Teil der SVP-Fraktion – wahrscheinlich der kleinere Teil. Wenn man diesen Absatz in die Polizeiverordnung einfügt, geht es um den niedrigsten Teil der Polizeiarbeit. Nach dem Opportunitätsprinzip handelt es sich um eine kann Vorschrift. Es gibt keine Spuckpatrouille. Dieser Absatz kostet zudem weniger als der vorgeschlagene Road Pricing Versuch. Eine gewisse Sturheit von J. Lisibach kommt noch dazu. Es geht ausserhalb der Stadtgrenzen von Winterthur niemanden etwas an, was der Gemeinderat beschliesst. Aus diesen Gründen unterstützt J. Lisibach das Postulat, auch wenn viele Exponenten von der anderen Ratsseite das keine gute Idee finden.

St. Nyffeler (SVP) ist kein Jurist aber er ist Polizist. Die genau Formulierung, wann wo gespuckt werden darf und wann nicht, ist recht schwierig. Wenn ein Marathonlauf in Winterthur bewilligt wird und die Läufer auf den Boden spucken, müsste man etwas dagegen unternehmen. Dieser Zusatz gehört nicht in die Allgemeine Polizeiverordnung. Es kann nicht die Sache der Polizei sein in diesem Bereich erzieherische Massnahmen zu ergreifen indem sie Bussen verhängt. Das muss an einem anderen Ort geregelt werden. Sonst müsste man auch explizit das Wegwerfen von Zigaretten polizeilich verbieten, ebenso das Liegenlassen von Zeitungen auf einer Parkbank. Mit dem Artikel 29 der Allgemeinen Polizeiverordnung besteht bereits die Möglichkeit nach dem Opportunitätsprinzip Härtefälle zu verzeigen. Mit der Motion von P. Rütimann und der Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens könnte man auch einen allgemeinen Artikel in Bezug auf die Verunreinigung des öffentlichen Grundes aufnehmen. Damit könnte im Schnellverfahren eine Busse ausgesprochen werden. Das wäre sicher unterstützenswert. Es gibt zudem andere Prioritäten in der Stadt Winterthur. Wenn alles umgesetzt werden soll, was von der Polizei verlangt wird, müsste Stadtrat M. Künzle das Polizeicorps stark aufstocken. Deshalb unterstützt St. Nyffeler den Ablehnungsantrag.

M. Ott (SP): Trotz eindringlichem Aufruf von R. Werren kann auch die SP-Fraktion die Überweisung dieses Postulats nicht unterstützen. Sie SP unterstützt den Ablehnungsantrag. Auch die SP findet Spucken in der Öffentlichkeit und vor allem das was davon übrig bleibt, mindestens unangenehm und eklig und wünscht sich eine Gesellschaft, in der das Spucken im öffentlichen Raum aus der Mode gekommen ist. Die SP glaubt aber nicht daran, dass ein Verbot etwas an dieser schlechten Angewohnheit ändern würde. Das Strafrecht und der dazugehörige Apparat von Polizei und Justiz sollte die letzte staatliche Option sein, wenn es darum geht ein Verhalten zu verhindern, das für die Mitmenschen gefährlich und schädlich ist. Das Strafrecht erzielt seine abschreckende Wirkung nur dann, wenn es auch durchgesetzt werden kann. Man weiss das auf vielen Studien. Die Höhe der Strafe ist für das Verhalten der Menschen nicht entscheidend, entscheidend ist, wie gross das Risiko ist, dass sie erwischt werden, und ob das Strafrecht und die Sanktionen auch durchgesetzt werden. Eine wirkliche Verhaltensänderung kann nur dann erreicht werden, wenn das Risiko erwischt zu werden gross genug ist – das gilt für alle Bereiche.

Die Idee Spucken unter Strafe zu stellen, würde nur dann Sinn machen, wenn man bereit wäre die Polizei für die Verfolgung dieses Straftatbestandes einzusetzen. Weil jede Polizeibusse angefochten werden kann, müssten die Polizeibeamten wasserdichte Beweise vorlegen können. Das möchte M. Ott den Polizeibeamtinnen und Beamten nicht zumuten. Es ist ähnlich wie bei der Diskussion um die Sauberkeit im öffentlichen Raum. Öffentliches Spucken ist ekelhaft – genauso wie öffentliches Urinieren oder Littering. Leider ändern die Menschen ihr Verhalten nicht, nur weil in einem Gesetz steht, dass etwas verboten und mit einer Busse von 30 Franken bedroht ist. Wenn ein Verbot nicht durchgesetzt werden kann, dann sollte es besser nicht erlassen werden, sonst wird die Glaubwürdigkeit des Strafrechts aufs Spiel. Beim Strafrecht geht es nicht nur darum ein Zeichen zu setzen, es handelt sich um die schärfste Sanktion des Staates. Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

R. Werren (FDP) ist etwas überrascht über die Voten. Es handelt sich nicht um ein Stammstischthema. Im Laufe der letzten Jahre sind immer wieder Leute auf R. Werren zugekommen. Überraschend ist auch, dass D. Berger höhnische Bemerkungen zu hören bekam. Das Ganze hat zudem nichts mit einem gewaltigen Aufblähen des Polizeiapparates zu tun. Im Artikel 30 soll einfach ein Absatz aufgenommen werden, der es möglich macht eine Busse auszusprechen. R. Werren hat das mit Stadtschreiber A. Frauenfelder abgesprochen. Das heisst nicht, dass deswegen eine Spuckpatrouille eingesetzt werden muss. Zudem handelt es sich um ein Postulat. Der Stadtrat kann seine Vorschläge dem Rat unterbreiten. Zur genauen Formulierung können die Ratsmitglieder Stellung nehmen. R. Werren bittet die Ratsmitglieder mutig zu sein und das Postulat zu überweisen. R. Werren will ein Problem lösen, das in der Bevölkerung immer wieder für Unmut sorgt.

Ch. Kern (SVP): Das Thema lässt die Emotionen hoch gehen. Damit dieser Absatz in die Polizeiverordnung aufgenommen werden kann, müsste Spucken genauer definiert werden. Was ist Spucken – gehören niesen, husten und feuchte Aussprache ebenfalls dazu. Die andere Frage ist, wenn im Rat Feuer und Galle gespuckt wird, muss dann die Polizei ebenfalls eingreifen? In der Polizeiverordnung besteht bereits ein entsprechender Artikel. Ch. Kern war Präsidentin der Kommission als die neue Polizeiverordnung diskutiert wurde. Man wollte explizit keine Aufstellung aller Widerwärtigkeiten, die das menschliche Wesen auf den Strassen hinterlassen kann. Wenn es wirklich nötig ist, kann die Polizei Bussen verteilen. Ch. Kern wird das Postulat ablehnen.

R. Keller (SVP): Zum Schutze der Jungen darf dieses Postulat nicht angenommen werden. Wenn ein 13jähriger auf den Boden Spuckt und jemand eine Anzeige macht, wird er als Angeschuldigter vor der Jugendanwaltschaft behandelt. Soweit darf es nicht kommen. Das würde auf eine Kriminalisierung der Jugendlichen hinauslaufen. Dieses Verhalten darf nicht aufgebauscht werden, weil es eigentlich eine Sache der Erziehung ist und mit Anstand zu tun hat.

U. Dolski (CVP) hat Mühe, wenn gesagt wird, wenn etwas strafrechtlich nicht durchgesetzt werden kann, soll man es bleiben lassen. Man muss auch in diesen Fällen hinschauen und Missstände aufdecken. U. Dolski bittet um Überweisung des Postulats.

A. Ramsauer (Grüne/AL): Hier prallen zwei Philosophien aufeinander. Die eine ist die Liberale und die andere ist die Verbotsgläubige. A. Ramsauer ist von der Verbotsgläubigkeit der freisinnigen Politikerinnen und Politiker überrascht. Wo die Eigenverantwortung versagt, soll es der Staat drakonisch richten. Wie immer in diesen Fällen wird über das Ziel hinausgeschossen. Der Reiz des Verbotenen wird die Speichelmenge, die in die Umwelt abgesondert wird, noch erhöhen – vor allem bei Jugendlichen. Mit staatlichen Repression Individuen zu Anstand erziehen zu wollen, ist den Grünen und der AL völlig fremd. Das widerspricht der Vorstellung von freien, selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern, die von selbst darauf kommen, das ihr Gebaren, wenn sie Spucken alles andere als stilvoll ist. Das müsste erreicht werden. Bei Jugendlichen braucht es Zeit bis sie auf den Geschmack des Geschmackvollen kommen. Das war bei den heutigen Erwachsenen nicht anders. Dumm für die Alten ist, dass immer wieder neue Jugendliche nachkommen mit immer neuen Widerspenstigkeiten und die Alten aber alt bleiben.

D. Hauser (SP) bittet die Ratsmitglieder der Polizei die Beweislast und die Arbeit im Zusammenhang mit dem Spucken zu ersparen. Man muss sich das bildlich vorstellen, was abläuft, wenn ein Spucker überführt werden soll. Wenn er das einfach abstreitet, muss der Polizist das Beweisen. Das ist erstens eine eklige Sache für den Polizisten und zweitens ist das Erbringen eines Beweises nicht verhältnismässig, wenn man sich überlegt, welche Untersuchungen notwendig sind. Es geht aber auch darum, dass nicht alles verboten werden kann, das ekelhaft ist. Ekel – auch wenn er kollektiv ist – ist kein Polizeigut. Es gibt kein öffentliches Interesse daran Ekel zu verhindern. Spucken ist ekelhaft, es ist aber nicht der

Staat, der hier Erziehungsarbeit leisten muss. Deshalb bittet D. Hauser die Ratsmitglieder, den Staat nicht länger zu bemühen.

Stadtrat M. Künzle: Dass Spucken in der Öffentlichkeit ekelhaft ist, darin sind sich alle einig. Es sind sich aber auch alle einig, dass das in der Hierarchie der Delikte ein kleines Übel ist, und dass dieses Postulat zu Fragen führt in Bezug auf Verhältnismässigkeit, Opportunität und Vollzug. Die Polizei müsste in der Tat Leute die spucken in Flagranti erwischen. Die Durchsetzung dieses Paragraphen würde die notwendigen Polizeikräfte voraussetzen. Die Diskussion, die heute Abend geführt wird, ist im April 2004 bereits geführt worden, als die Revision der Allgemeinen Polizeiverordnung dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Damals ist ähnlich argumentiert worden wie heute. Die Gründe für die Ablehnung waren die Verhältnismässigkeit und Fragen im Bezug auf den Vollzug. In der Allgemeinen Polizeiverordnung ist ein Verunreinigungstatbestand im Artikel 29, Absatz 1 bereits verankert. Spucken könnte unter diesem Artikel subsumiert werden. Aufwand und Ertrag stehen bei der Durchsetzung dieses Tatbestandes in einem schlechten Verhältnis, zumal noch kein kommunaler Ordnungsbussenkatalog vorliegt. Über diesen wird in der nächsten Zeit im Gemeinderat erneut diskutiert. Stadtrat M. Künzle hegt Sympathien für diesen Vorstoss. Er weist aber darauf hin, dass noch wichtiger als ein Spuckparagraph mehr Ressourcen für die Durchsetzung von bestehenden Normen wären.

Vizepräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat lehnt die Überweisung mit 26 zu 24 Stimmen ab. Damit ist das Postulat sofort abgeschlossen.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2008/061: Begründung des Postulats W. Badertscher (SVP) und P. Rütimann (FDP) betreffend Grünphasen auf Hauptverkehrsachsen

W. Badertscher (SVP): Es ist störend, wenn der Verkehr auch stadtauswärts zum Erliegen kommt. Der flüssige Verkehr ist ein Beitrag zur Verminderung der Luftverschmutzung. Der stockende Verkehr hinterlässt schädliche Immissionen. Verstopfte Hauptstrassen führen zu einer Verlagerung des Verkehrs in die Wohnquartiere und verschlechtern die Wohnqualität. Diese Verkehrsbehinderung bedeutet viele Staustunden für das Gewerbe, die Industrie und das Transportwesen. Diese Kosten müssen alle tragen, weil sie auf die Konsumenten abgewälzt werden. Vom flüssigen Verkehr profitieren viele – die Umwelt, die Industrie, das Gewerbe und alle Konsumenten. Verbesserungen sind möglich. Mit der Überweisung dieses Postulates kann der Gemeinderat etwas für die Umwelt tun ohne grosse Investitionen. Es ist zudem ein Beitrag an die Lösung der allgemeinen Verkehrsprobleme, eine Alternative, die geprüft werden muss. Mit der Überweisung dieses Postulates kann der Stadtrat beginnen alternative Lösungen zu suchen. W. Badertscher fordert die Ratsmitglieder auf, das Postulat zu überweisen.

P. Rütimann (FDP): Es scheint nicht, dass dieses Postulat mehrheitsfähig ist. Dennoch will er eine Lanze für die Überweisung brechen. Es geht weniger um die Grünphasen als um den flüssigen Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen. Das ist ein Thema, das auch an den Stammtischen besprochen wird. Vor allem für das Gewerbe ist es sehr ärgerlich im Stau zu stehen oder vor Lichtsignalanlagen. P. Rütimann hat die Zebrastrasse auf der Wülflingerstrasse auf einer Karte eingezeichnet. Alle 20 Meter befindet sich ein Zebrastreifen. Zudem gibt es sehr viele Lichtsignalanlagen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Zürcherstrasse eine Strasse ist, die aus dem Stadtzentrum Richtung Zürich führt. Der Verkehr muss bewältigt werden. Erst recht, wenn keine Entlastungstrasse vorgesehen ist. Im Zentrum – auf dem Sulzerareal – gibt es noch Potential, das vom motorisierten Individualverkehr genutzt

wird. Dieser Verkehr muss bewältigt werden. Deshalb hegt P. Rütimann Sympathien für das Postulat von W. Badertscher und ist bereit dieses zu unterstützen.

P. Kyburz (SP) stellt im Namen der SP-Fraktion einen Ablehnungsantrag. Bei diesem Thema geht es nicht um Strassenbenutzerinnen und Strassenbenutzer aus der Ostschweiz sondern es geht um Winterthurerinnen und Winterthurer. Links und rechts von diesen Hauptstrassen wohnen Menschen, die das Bedürfnis haben diese Strassen hin und wieder zu überqueren. Flüssiger Verkehr ist ein wichtiges Anliegen. Am meisten gestört an diesem Postulat hat P. Kyburz, dass von einer Minimierung der Behinderungen die Rede ist. Das bedeutet, dass Fussgängerstreifen eine Behinderung sind. Das ist eine seltsame Strategie und schwer zu erklären. Diese Hauptverkehrsachsen durch Winterthur sind ein Problem. Aber sie durchqueren auch Wohngebiete – links und rechts davon befinden sich Wohn- und Schulhäuser. Kinder und ältere Leute müssen die Strassen überqueren können. Das ist ein wesentlicher Punkt. Wenn der öffentliche Verkehr gut fließen kann, dann fliesst auch der motorisierte Individualverkehr. Das ist der zweite Grund, warum die SP das Postulat ablehnt. Es ist unnötig. Am 22. Januar 2007 hat die SP eine Interpellation zum Thema Stadtbus und Postauto eingereicht. Die Antworten aus dieser Interpellation waren aufschlussreich. Deshalb braucht es keine weiteren Abklärungen. Die SP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen.

M. Hollenstein (CVP): Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Selbstverständlich sind alle sehr interessiert an einem guten Verkehrsfluss auf den Strassen, sei das für den öffentlichen Verkehr oder den motorisierten Individualverkehr und das nicht nur zu den Hauptverkehrszeiten. Gründphasen auf den Hauptverkehrsachsen sind gut. Das bedeutet aber auch eine Verkehrsbehinderung an den Kreuzungen, an den Einmündungen sowie für die Fussgänger. Es ist bekannt, wenn die Fussgängerquerungen durch Lichtsignalanlagen gesteuert werden, wird der Verkehrsfluss unterbrochen. An diversen Hauptverkehrsachsen ist die Überquerung der Strassen oft schwierig. M. Hollenstein spricht die Situation an der Zürcherstrasse an. Die Grüne Welle wurde vertieft untersucht und negativ beurteilt. Die CVP wünscht sich intelligentere Verkehrsmanagementlösungen, damit der gesamte Verkehr flüssiger zirkulieren kann.

B. Dubochet (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion setzt sich für einen flüssigen Verkehr ein – und zwar für alle Verkehrsteilnehmer für Velos, Fussgänger, Bus und Autos. Damit von der Grünen Welle alle Verkehrsteilnehmer profitieren können, muss die Schaltfolge der Ampeln auf den langsamsten Verkehrsteilnehmer abgestimmt werden – also auf den Velofahrer, das bedeutet auf 20 Km/h. Wird die Schaltfolge auf eine höhere Geschwindigkeit ausgelegt, heisst das für den Bus, wenn Haltestellen zwischen den Lichtsignalen liegen, dass er an den Ampeln jeweils warten muss. Das Postulat ist ganz klar auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. In erster Linie muss aber die Attraktivität des Langsamverkehrs erhöht werden und nicht diejenige des motorisierten Individualverkehrs. Spannend ist auch die Begründung, dass es sich um eine taugliche Massnahme handelt um Lärm- und Abgasimmissionen zu senken. Die Grüne/AL-Fraktion sieht eher die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs als taugliche Massnahme. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion das Postulat ab.

Ch. Kern (SVP): Die Voten von M. Hollenstein und P. Kyburz erwecken den Anschein, als ob die Grünphase verhindern würde, dass Fussgänger die Strasse überqueren können. Das ist nicht so. Die Grüne Welle bedeutet freie Durchfahrt für Fahrzeuge in einer Richtung bei jedem Lichtsignal. Natürlich schalten auch diese Ampeln auf Rot, damit die Fussgänger die Strassen überqueren können. Die gemachten Einwände versteht Ch. Kern nicht. B. Dubochet findet, dass die Grünphasen auf die Velofahrer ausgerichtet werden müssen. Das wundert Ch. Kern, weil sie schon lange keine Velofahrer mehr gesehen hat, die an einer Ampel anhalten. Denen ist es egal, sie kümmern sich nicht um Rot oder Grün. Also muss man auf diese Verkehrsteilnehmer in dieser Beziehung keine Rücksicht nehmen.

P. Rütimann (FDP) ist erstaunt über die Stereotypen, die er gehört hat. So richtig mit dem Thema auseinandergesetzt hat sich von der anderen Ratsseite offenbar niemand. Alle sind für einen flüssigen Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen. Wie soll das gehen bei dieser grossen Anzahl Fussgängerstreifen, Kreuzungen, Einmündungen und Lichtsignalen. Auf der Zürcherstrasse ist es kaum mehr möglich, den Verkehr zu verflüssigen – nicht einmal ausserhalb der Rushhour. Das ist bekannt. P. Kyburz müsste doch daran interessiert sein, dass die Taxis fahren können und nicht im Stau stehen. Es ist erstaunlich, dass gerade er solche Stereotypen benutzt. Selbstverständlich wird es weiterhin auch Schulhäuser entlang dieser Strassen geben. Es ist nicht so, dass die Autos über die Schulhausplätze fahren, die fahren auf der Strasse mit maximal 50 Km/h. Ein durchaus moderates Tempo. Es geht nur darum den Verkehr vernünftig zu organisieren. Wenn man auf den Velofahrer abstellt und erwartet das der Verkehr mit 20 Km/h fährt, dann ist das völlig unrealistisch. Das macht kein Autofahrer. Was hat es für Folgen, wenn der Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen in Stocken kommt? Man weicht auf die Quartiere aus. Das will bestimmt niemand. In dieser Diskussion wird einmal mehr der Langsamverkehr gegen den motorisierten Individualverkehr ausgespielt. Das macht keinen Sinn. Alle Strassenbenützer haben die Berechtigung sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Um die Mobilität zu erhalten, muss man auf alle achten – auf die Radfahrer, den öffentlichen Verkehr aber auch auf den motorisierten Individualverkehr. Solange die Mehrheit ein Auto besitzt, muss man auf die Autofahrer achten. Es geht nicht nur um einen kurzfristigen Erfolg sondern um ein längerfristiges Management. Das Wachstum des Verkehrs muss sicher längerfristig durch den Langsamverkehr erfolgen. Aber die Autos sind da, das Gewerbe ist da, die Strassen werden benötigt. Deshalb sollten diese so effizient wie möglich genutzt werden. Für den rollenden Verkehr ist ein Rotlicht ein Hindernis. Diese Gedanken sind zwar nicht mehrheitsfähig. P. Rütimann äussert sie trotzdem, in der Hoffnung, dass die Stadt zu einem ausgeglichenen Verhältnis in der Verkehrspolitik zurück findet.

Ch. Denzler (FDP) macht B. Dubochet darauf aufmerksam, dass seine Aussage nicht ganz korrekt ist. Der Bus löst durch spezielle Sensoren die Grüne Welle aus. Das ist so geregelt. Der Bus würde durch die Grünphase keineswegs ausgebremst.

W Badertscher (SVP): Der stehende Verkehr behindert auch den Bus. Der Grund für den Schleichverkehr durch die Quartiere sind die verstopften Hauptachsen. Der Verkehr ist einfach da und kann höchstens anders verteilt werden. Wenn der ganze Verkehr auf den langsamsten Teilnehmer ausgerichtet wird, muss er auf den Fussgänger ausgerichtet werden. Man müsste die ganze Stadt in eine Fussgängerzone umwandeln – dann würde die Stadt aussterben. Es ist auch sehr störend, dass der Verkehr die Stadt kaum verlassen kann. Die Autos werden zurück gestaut, dadurch wird der ganze Verkehr blockiert. Dafür hat W. Badertscher kein Verständnis. Auch wenn man mit dem Bus unterwegs ist, ist es unerfreulich im Stau zu stecken. Wenn dieses Postulat abgelehnt wird, dann wird der Verkehr behindert. Der Verkehr ist vorhanden. Es ist ein Bedürfnis dieses Problem zu bewältigen. Der Gemeinderat vergibt sich nichts, wenn er Verbesserungen durch den Stadtrat prüfen lässt.

Stadtrat M. Künzle: Die Abteilung Verkehrslenkung der Stadtpolizei Winterthur ist zuständig für die Lichtsignalanlagen in der Stadt. Diese Anlagen dienen primär der Verkehrssicherheit. Die Lenkung der Verkehrsströme in der Stadt ist eine sehr komplexe Aufgabe. Wo flüssiger Verkehr zugelassen wird, werden andere Verkehrsströme beeinträchtigt. Das städtische Verkehrsnetz muss in einer klugen Balance gehalten werden. Es ist aus volkswirtschaftlichen Gründen und für den Umweltschutz sinnvoll, wenn der Strassenverkehr flüssig bleibt. Noch besser wäre es, wenn in einem urbanen Zentrum möglichst Bus und Velo genutzt würden. Von den 51 Lichtsignalanlagen in der Stadt werden 32 in sieben Abschnitten auf den Hauptachsen koordiniert betrieben. Die Grüne Welle ist dort wo es Sinn macht bereits umgesetzt. Die Lichtsignalanlagen sind mit verschiedenen Programmen ausgestattet, die je nach Tageszeit und Verkehrsaufkommen eingeschaltet werden können, um einen optimalen Verkehrsablauf zu garantieren. Es gibt verschiedene Verkehrsteilnehmer, deren Interessen sich zum Teil konträr gegenüberstehen. Der Bus will eine ungehinderte Durchfahrt durch die Stadt und beim Bahnhof direkt auf die Technikumstrasse fahren können. Das beeinträchtigt eine

Grüne Welle. Die Interessen der Fussgänger sind wieder anders gelagert. Der Verkehrsfluss auf der Technikumsstrasse könnte durch eine Lichtsignalanlage an der Turmhaldenstrasse verbessert werden. Der Gemeinderat hat vor einigen Jahren dieses Ansinnen abgelehnt. Die Ursache für die Tagesspitzen der Staus ist die Menge der Fahrzeuge und nicht die Lichtsignalanlagen. Die Stadtpolizei bietet allen Fraktionen im Gemeinderat an, die Abteilung Verkehrlenkung zu besuchen. Dort kann man zeigen wie diese komplexe Aufgabe bewältigt wird und wie das ganze Verkehrssystem vernetzt und koordiniert ist. Im Gegensatz zum vorherigen Postulat empfiehlt Stadtrat M. Künzle ausdrücklich das Postulat nicht zu unterstützen.

Vizepräsidentin Y. Beutler lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

Der Rat stimmt gegen die Überweisung. Damit ist das Postulat erledigt und abgeschlossen.

Vizeratspräsidentin Y. Beutler empfiehlt die Traktanden 13 und 14 gemeinsam zu behandeln

Der Rat macht keine Einwendungen, damit ist der Vorschlag genehmigt.

13. und 14. Traktandum

GGR-Nr. 2007/087: Beantwortung der Interpellation B. Gruber (SP) betreffend Schulbehördenreorganisation

GGR-Nr. 2007/078: Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP), St. Schär (SVP), R. Kleiber (EVP), S. O'Brien (Grüne) und M. Stutz (SD) betreffend Stärkung der Kreisschulpflegen

Ch. Baumann (SP): In der Interpellationsantwort legt der Stadtrat auf Seite 2 klar dar, welche Resultate die Evaluation der Winterthurer Schulbehördenreorganisation erbracht hat. Besonders beachtenswert ist Punkt 3. Es wurde untersucht, ob die Kompetenzen klar zugewiesen und die Entscheidungen für die Betroffenen transparent sind. Der Erfüllungsgrad ist ungenügend. Punkt 6: Aufgrund der klaren Strukturen und Kompetenzen können Entscheide auf allen Ebenen innerhalb nützlicher Frist getroffen werden. Hier lautet der Befund sogar „nicht erfüllt“. Das zeigt klar, dass die Führungsstruktur der Schule, das heisst das Zusammenspiel der verschiedenen Player in diesem Bereich geklärt werden muss. Das ist der wichtigste Grundsatz, der bei der Entwicklung einer neuen Behördenstruktur befolgt werden muss. Es braucht eine klare Führungsstruktur mit klaren Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen für die verschiedenen Führungsebenen. Die Aufgaben sind in der Antwort 2 aufgelistet. Wichtig ist, dass die zusätzliche Führungsebene, die mit den Schulleitungen eingeführt worden ist, adäquat ausgestattet wird und die notwendigen Kompetenzen erhält. Die Schulleitung soll für ihre Aufgaben die notwendigen Ressourcen erhalten – zum Beispiel für administrative Arbeiten den Zugang zu den Sekretariaten, im personellen Bereich mit der Führung von Mitarbeitergesprächen und Mitarbeiterbeurteilungen und im finanziellen Bereich durch Globalkredite. Wie in Frage 3 ausgeführt, entspricht es dem Wunsch der Zentralschulpflege, dass die Schulleitungen mit klaren Kompetenzen ausgestattet werden. Diese Ausgestaltung ruft aber vielfältigen Widerstand hervor. So wird zum Beispiel im Postulat gefordert, dass die Kreisschulpflegen gestärkt werden. Im Kanton hat man gute Erfahrungen mit der Trennung von strategischer und operativer Führung gemacht. Das zeigt sich auch in St. Gallen und Luzern. Das wäre eine zukunftsgerichtete Planung auch, wenn diese Veränderungen heute noch viele aufschrecken. Vielleicht ist Winterthur für diesen mutigen Schritt noch nicht soweit. Die Auseinandersetzungen im Rahmen der Behördenreform werden das zeigen.

Die SP ist grundsätzlich der Meinung, dass das Postulat falsch gestellt wurde und eine falsche Stossrichtung verfolgt. Wie erwähnt, sind die Unklarheiten in der Führung bei der Eva-

luation klar zu Tage getreten. Das Postulat fordert jetzt die Stärkung einer einzelnen Ebene, der Zwischenebene Kreisschulpflege. Die Entwicklung läuft mit der Einführung von Schulleitungen genau in die Gegenrichtung. Führungsunklarheiten müssen jetzt behoben werden. Die Kompetenzen sollten dahin verlagert werden, wo sie die grösste Wirkung entfalten. Das ist ganz klar vor Ort, bei den Schulleitungen. Hier arbeiten die Fachleute, die wissen, wie das pädagogische Geschäft umgesetzt werden muss. Die Leute vor Ort wissen am besten wie die Ressourcen eingesetzt werden müssen. Gut dargelegt wird im Bericht, dass mit der Einführung von Schulleitungen zum Teil Aufgaben von den Schulpflegern an die Schulleitungen übertragen werden. Wie der Stadtrat ausführt, braucht es aber für die zukünftige Schulpflege eine Rollenklarheit, damit sie mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand die Schulen gut begleiten kann. Die SP unterstützt die im Bericht erwähnte Prüfung des Handlungsspielraums für die Schulbehörden, wie sie im Rahmen des Projekts WOV-Schulen durchgeführt wird. Auf die personellen Kompetenzen der Schulpflege will Ch. Baumann nicht näher eingehen. Das wurde bereits in der Übergangsgeschäftsordnung geregelt. Gespannt ist die SP auf die Resultate der Erprobung Schulleitung plus, die den Schulleitungen zusätzliche Ressourcen und Kompetenzen übergeben will. Auch wenn das noch viele nicht wahrhaben wollen, gibt es doch viele Aufgaben, die zentral von einer Gesamtschulpflege übernommen werden sollen. Es macht keinen Sinn, dass in 7 Schulkreisen parallel das gleiche entwickelt wird. Damit werden Ressourcen verschwendet. Eine professionelle Umsetzung reicht und schafft günstiger die besseren Resultate. In diesem Sinn ist die SP froh, dass im Departement zentral ein Know-how der Schulpflege zur Seite gestellt wird, die sie bei den komplizierten Aufgaben unterstützt. Die SP nimmt von den beiden Antworten in zustimmendem Sinne Kenntnis.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und die schnelle Vorlage des Postulatsberichtes. Es ist positiv, dass über eine schulpolitische Auslegeordnung debattiert werden kann. Im Fazit muss festgestellt werden, dass die bestehende Schulorganisation nur teilweise genügt. Es ist deshalb höchste Zeit die notwendigen Reparaturarbeiten an die Hand zu nehmen. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Zeitplan für die Umsetzung sehr eng ist, weil das Gesetz im August 2010 in Kraft tritt. Das hat aber der Stadtrat zu verantworten. Die Kritikpunkte, die auf Seite 4 der Interpellationsantwort aufgeführt sind, gehen weiter zurück als auf den September 2007. Im Jahr 2004 wurden in einem Rechtsgutachten bereits Mängel festgestellt. Deshalb wäre es denkbar gewesen bereits früher Korrekturen einzuleiten. Die Frage 2 befasst sich mit den Kompetenzen und ist als Gegenfrage zum Postulat entstanden. Darin steht zu Recht, dass keine definitive Festlegung der Kompetenzen erfolgt ist. Das muss in einem politischen Prozess festgelegt werden. Vom Stadtrat sind zwei verschiedenen Varianten vorgelegt worden – ein einstufiges und ein zweistufiges Modell. Dazu hat es zwei Vernehmlassungen gegeben. Die FDP hat sich für das zweistufige Modell ausgesprochen, das heisst für ein bürgernahes Modell, das sachbezogenes Politisieren ermöglicht. Dabei spielt nicht ausschliesslich die politische Zugehörigkeit eine Rolle, wie das in einem einzigen grossen Gremium der Fall wäre. Da liegt der Ball aber beim Stadtrat und anschliessend beim Gemeinderat. Die Würfel sind noch nicht definitiv gefallen. Frage 5, Schulkreise: Die FDP hat sich in der Vernehmlassung grundsätzlich für 4 Kreise ausgesprochen. Sie hat sich auch dafür eingesetzt, dass die Stellenprozente in den Sekretariaten aufgestockt werden konnten.

Zum Postulat: Die schnelle Antwort hat sich gelohnt. Der Bericht zeigt eine Auslegeordnung und enthält auch Grundlagen für die laufende Schulbehördenreorganisation. Das Gesamtfazit zeigt, dass die Stärkung der Kreise rechtlich zulässig und möglich ist. In Bezug auf die politische Würdigung, in wie weit man diese Stärkung wünscht, gehen die Meinungen auseinander. Das Postulat hat nicht nur die Kreisschulpflegern im Visier sondern auch die geleiteten Schulen. Es handelt sich also um eine zweiseitige Stärkung der Kreise – einerseits auf Seiten der Behörden und andererseits auf Seiten der Schulen. Auf Seite 2 des Berichtes wird auf das Volksschulgesetz hingewiesen, das verschiedene Zuständigkeiten den Gemeinden zuordnet. Ob das wirklich heisst, dass in Gemeinden mit Kreisschulstrukturen eine Delegation unmöglich ist, ist zweifelhaft. Mit einer rechtlichen Grundlage in der Gemeindeordnung erscheint es möglich eine Aufteilung der Kompetenzen vorzunehmen. Richtig ist, dass starke Schulleitungen eingerichtet werden sollen. Dieser Forderung stimmt F. Helg zu. Die geleite-

ten Schulen sind vielfach als Quartierschulen konzipiert. Deshalb erscheint es richtig, dass die vorgesetzte Behörde – die Schulpflege – ebenfalls im Kreis verankert ist. Ein Punkt des Postulats hat die Finanzen angesprochen. Auf Seite 5 der Antwort anerkennt der Stadtrat, dass die finanziellen Ausgabenkompetenzen nach Unten delegiert werden können. Das wird bestimmt im Zusammenhang mit der Schulbehördenreorganisation oder im Zusammenhang mit WOV aufgenommen werden müssen. Wenn der Aufgabenvollzug durch die Schule möglich ist, dann ist es auch gerechtfertigt, die Aufsicht in der Nähe zu platzieren – das heisst auf Kreisebene in der Kreisschulpflege. In Bezug auf die personellen Zuständigkeiten ist das Postulatsanliegen teilweise erfüllt. Weitergehende Lösungen werden im Rahmen des Projekts Schulleitung plus geprüft. Die Auswertung sollte im Winter 2008 erfolgen und vielleicht gibt es bereits Ergebnisse. Auch in Bezug auf die personellen Fragen ist das Postulatsanliegen teilweise erfüllt. Die Sekretariate der Kreisschulpflegen sind aufgestockt worden. Nicht einleuchtend ist, dass keine Kompensation im Departement erfolgt ist. Dementsprechend hat die FDP in der Budgetdebatte einen Antrag gestellt. Fazit: Die Stärkung der Kreisebene ist möglich. Bei der Weiterentwicklung der Schulbehördenreorganisation dürfen diese Feststellungen nicht ausser Acht gelassen werden. Immerhin handelt es sich um ein Postulat, das eine parlamentarische Mehrheit gefunden hat. Das gilt es im weiteren Prozess der Behördenreorganisation zu berücksichtigen. Die FDP stimmt dem Bericht zum Postulat zu.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Schulbehördenreorganisation läuft und bietet genügend Möglichkeiten, um sich für die Anliegen der SVP einzusetzen. Alles andere hat F. Helg gesagt.

R. Kleiber (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführlichen Antworten zum Postulat und zur Interpellation. Sie gedankt sich auch dafür, dass der Stadtrat das Postulat im zustimmenden Sinn zur Kenntnis nimmt. Zurzeit arbeitet man an einer Reorganisation der Schulbehörden, die zweite Vernehmlassung ist abgeschlossen und die EVP/EDU/GLP-Fraktion erwartet gespannt auf den Bericht und den Antrag des Stadtrates. Wer hat welche Kompetenzen? Da ist der Rahmen im Volksschulgesetz festgelegt. Die schwierigere Aufgabe ist die Feinaufteilung, die Kompetenzen müssen klar geregelt werden zwischen der Zentralschulpflege, den Schulpräsidien, der Kreisschulpflege und den Schulleitungen, Christoph Baumann hat das bereits gesagt.

Der EVP ist es wichtig, dass auch die Schulpflegemitglieder eine Mitsprache haben. Mit klaren Kompetenzzuweisungen und Regeln werden nicht nur die Kreisschulpflegen, sondern auch die Winterthurer Schule gestärkt. Kompetenzen zuweisen, das ist die eine Seite, die andere Seite ist dann die Umsetzung, Eine gut vorbereitete Umsetzung ist sehr wichtig für die Basis, also für Eltern, Schülerinnen und Schüler und die Lehrerschaft. Die Ausführungen in der Postulats- und Interpellations-Antwort sowie die Übergangsregelung der Schulbehörden vom 14. März 2002 sind hilfreiche Unterlagen für Beratung der Schulbehördenreorganisation in der Kommission.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für die Antwort und schliesst sich den Argumenten des Vorredners an.

U. Dolski (CVP): Interpellation: Die CVP-Fraktion ist Überzeugt, dass die Zukunft zeigen wird, welches Modell für die Stadt Winterthur das Beste sein wird. Nicht das Modell ist wichtig, entscheidend für die Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler ist die praktische Umsetzung. Diese müssen von den Reformen profitieren können, weil sie unmittelbar betroffen sind. Die Lehrerschaft muss wieder vermehrt dem Kerngeschäft nachgehen und nicht durch zusätzlichen Formalismus und Bürokratie gehindert werden.

Postulat: Der Abschliessende Bericht der Behördenreorganisation liegt vor. Die erste Vernehmlassung hat gezeigt, dass in Bezug auf die beiden Modelle eine Pattsituation herrscht. Betreffend Anzahl Kreise zeichnet sich aber eine Tendenz hin zu 4 Schulkreisen ab. Eine ausführliche Diskussion wird es im Gemeinderat geben, wenn die Weisung des Departements Schule und Sport für das eine oder das andere Modell vorliegt. Somit erübrigt es sich zum jetzigen Zeitpunkt, die vom Stadtrat vorgelegten Ausführungen zu diskutieren.

Stadträtin P. Pedernana: Es ist das Ziel der Zentralschulpflege, dass in der künftigen Schulbehördenstruktur starke Schulleitungen eingesetzt werden. Allen ist bewusst, dass die Schulleitungen die Aufgaben haben für Qualität in der Schule zu Sagen. Es ist offensichtlich, dass die Qualität primär von den Lehrpersonen geprägt wird, und dass die Schulleitungen, weil sie fachlich versiert sind und eine grosse zeitliche Präsenz haben, diese Qualität auch steuern können, beziehungsweise wenn Mängel auftauchen eingreifen können und sollen. Die Qualität der Schulen hängt primär von den Lehrpersonen ab und sichern müssen diese Qualität die Schulleitungen.

Die Evaluation hat gezeigt, dass die bisherige Schulbehördenstruktur nur teilweise genügt. Die Stadträtin teilt die Ansicht von F. Helg, dass die Erkenntnisse aus der Evaluation genutzt werden sollen, wenn es darum geht die neuen Strukturen festzulegen. Die Stadträtin dankt allen, die im Rahmen der Vernehmlassungsantworten sich mit viel Engagement in diese Fragen vertieft, sich mit diesen Strukturen auseinandergesetzt und sich für die eine oder die andere Variante stark gemacht haben. Stadträtin P. Pedernana hofft, dass die Gemeinderatsweisung zur neuen Schulbehördenstruktur noch vor den Sportferien verabschiedet werden kann.

Vizepräsidentin Y. Beutler: Da kein Antrag gestellt wurde, das Postulat im negativen Sinn zu Kenntnis zu nehmen, hat der Gemeinderat das Postulat im positiven Sinn zur Kenntnis genommen und es wird, wie die Interpellation betreffend Schulbehördenreorganisation, abgeschrieben.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2007/108: Beantwortung der Interpellation St. Schär (SVP) betreffend Lagebeurteilung der Volksschule in Winterthur

St. Schär (SVP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Schule ist seit Jahren immer wieder im Umbruch, neue Versuche werden gestartet und in immer kürzeren Abständen müssen sich die Lehrkräfte neuen Bedingungen stellen. Aktuell sind 16 Projekte in der Pipeline, die sehr viele Ressourcen benötigen. Mit HarmoS werden die Ressourcen erneut belastet. Auffallend ist, dass in Oberwinterthur gleich zwei Schulversuche am Laufen sind. Zwar ist die Gesamtbelastung für die Stadt damit recht klein, dafür sehr stark auf einen Schulkreis konzentriert.

Frage 2: Die ungeleiteten Schulen sind im Umsetzungsprozess stark benachteiligt, wie aus der Antwort zu entnehmen ist. Somit sind diese Schulen doppelt bestraft und es ist fraglich, ob der vorgeschriebene Termin zur Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes auch eingehalten werden kann. Welche Massnahmen hat der Stadtrat beziehungsweise die Zentralschulpflege ergriffen, um dem Umstand der knappen Ressourcen im sonderpädagogischen Bereich entgegen zu treten? Wie in der Antwort zu Frage 8 zu lesen ist, ist die integrative Förderung der Paradigmawechsel in der Umsetzung des Volksschulgesetzes. Wenn dies der Fall ist, sollten auch genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um den wichtigsten Punkt vollumfänglich umzusetzen. Fragen 3, 4 und 5: Wie in der Einleitung angetönt sind aktuell 16 Projekte in der Stadt Winterthur in der Umsetzungsphase. 10 dieser Projekte sind infolge kantonaler Vorgaben auszuführen, 4 sind zwar wichtig und dringend, jedoch ohne zeitliche Vorgaben und gerade einmal 2 Projekte erfolgen auf freiwilliger Basis, wobei das Projekt „Talentförderung“ bereits in Angriff genommen wurde. Somit ist ein einziges Projekt weder zwingend noch wichtig oder dringend. Frage 6: Was hat die Standortbestimmung vom März 2008 ergeben? Frage 7: Ein sofortiges Eingreifen bei ausartenden Schwierigkeiten im Schulunterricht ist nichts als selbstverständlich. Was jedoch nicht erwähnt wurde, ist, ob die ergriffenen Massnahmen auch gefruchtet haben und wie sich die ausfälligen Schüler nun verhalten. Der sogenannte Gestaltungspool für zusätzliche Ressourcen soll klar für die integrative Förderung oder für die Unterstützung bei schwierigen Klassen eingesetzt werden. Die Schulleiterpensen wurden bereits um 6,6 Prozent erhöht und die Probleme bei der integrativen Förderung sind nicht von der Hand zu weisen. Frage 8: Wie in der Antwort ge-

geschrieben wird, ist die Integration von Kindern aus Kleinklassen sehr schwierig und eine grosse Belastung für die betroffene Lehrperson. Darum ist es unverständlich wieso man teilweise gleich mehrere Kinder aus Kleinklassen in derselben Klasse untergebracht hat. Dazu kommt noch erschwerend hinzu, dass die Unterstützung der Lehrpersonen und deren Weiterbildung auf kommunaler Ebene nicht im notwendigen Ausmass organisiert geschweige denn finanziert werden kann. Frage 9: Das Projekt „Reorganisation Einsatz von Computern an der Sekundarschule“ wird als dringend bezeichnet. Für stolze 4,39 Millionen wurde das Projekt „Einsatz von ICT-Mitteln an der Sekundarschule“ veranschlagt und vom Gemeinderat genehmigt. Das Projekt „KiWi“ wurde zwar aufgegleist, jedoch wird über die Weiterführung erst im Schuljahr 2008/2009 entschieden.

U. Dolski (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Antworten zeigen auf, dass die Schule eine Baustelle ist und viele Projekte anstehen oder im Begriff sind eingeführt zu werden. Diese Informationen sind auf der Homepage des Departements Schule und Sport aufgeschaltet. Trotzdem hat diese Interpellation eine Gesamtschau über die aktuellen Reformen und Projekten ermöglicht. Frage 7: Die Antwort zeigt anschaulich auf, was in die Wege geleitet werden kann und muss, wenn Schwierigkeiten auftreten. Es stehen diverse Unterstützungsmöglichkeiten für die Lehrerschaft zur Verfügung – nur wird vielfach zu spät eingegriffen oder die Unterstützung wird zu spät gesucht. Frage 9: Dass keine Projekte ausgesetzt werden, ist abzusehen. Jedoch hat die Antwort aufgezeigt, dass es durchaus Projekte gibt, die nicht dringlich sind und aufgrund mangelnder Ressourcen hintenan gestellt werden könnten. Wichtig ist, dass Projekte, die aus pädagogischer Sicht nützlich und wichtig sind, innert nützlicher Frist umgesetzt werden.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion bedankt sich für die informative Antwort und Standortbestimmung. Seit der Antwort ist einige Zeit vergangen. In der Zwischenzeit sind flächendeckend Schulleitungen eingesetzt worden. Tatsächlich gibt es aber auch kritische Stimmen zu verschiedenen Projekten. Es gibt Reibungsverluste und Unzulänglichkeiten. Wichtig ist, dass die problematischen Punkte ernst genommen werden. Ein Punkt, der breit ausgelegt wird, ist die integrierte Förderung, die zu Recht als die Neuerung bezeichnet wird, die am meisten zu Reden gibt. Als Schulpfleger hat F. Helg im Allgemeinen gute Erfahrungen mit der integrierten Förderung im Schulkreis Töss gemacht. Es braucht vor allem eine gute Koordination zwischen den Klassenlehrpersonen und der heilpädagogischen Lehrperson. Dann kann es recht gut klappen. Ein Mangel, den F. Helg festgestellt hat, ist die Ausrichtung der integrierten Förderung fast ausschliesslich auf Schüler mit „Defiziten“. Vom Konzept her wäre die integrierte Förderung auch dazu da, begabte Schüler zu fördern. Das kommt meist zu kurz. Die Ressourcen für die integrierte Förderung sind knapp. Da müssen noch Erfahrungen gesammelt werden. Der Kanton muss aber entscheiden, ob mehr Ressourcen notwendig sind.

Ch. Baumann (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und die gute Auflistung aller Projekte. Die Antwort zeigt, dass die Schulen in Winterthur unterschiedlich weit sind, je nachdem wann sie in gewisse Projekte eingestiegen sind. Die SP ist froh, dass die Umsetzungsschritte von der Zentralschulpflege immer wieder thematisiert werden, und dass die Kreisschulpflegen vom städtischen Lenkungsausschuss Support erhalten bei der Umsetzung der Vorgaben aus dem Volksschulgesetz. Unter den vorhandenen Voraussetzungen ist es klar, dass die Schulen in Winterthur unterschiedlich weit sind, und dass die Belastung vor Ort unterschiedlich wahrgenommen wird. Ch. Baumann bittet alle Beteiligten sich für die Unterstützung der Schulen und der Mitarbeitenden einzusetzen. Ganz klar ist, dass das Volksschulgesetz sehr ehrgeizige und für Schulen oft schwierige Vorgaben macht. Leider ist das meiste vom Kanton vorgegeben. Insbesondere die Ressourcen. Ch. Baumann bittet die bürgerlichen Fraktionen auf die Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat einzuwirken und sie dazu zu bringen bei den Abstimmungen, die einen Einfluss auf diese Ressourcen haben, sich entsprechend zu verhalten. Es kann nicht sein, dass in der Stadt jeweils das Departement oder einzelne Personen verantwortlich gemacht werden und dort wo die Rahmenbedingungen gesetzt werden, die Verantwortung nicht wahrgenommen wird. Das wäre keine kohärente Parteipolitik. Das betrifft vor allem die Ressourcen für die integrierte Förderung. Da müssen die Schulen einen Paradigmawechsel vollziehen. Das ganze Berufsbild ändert

sich und die Lehrpersonen müssen sich neu ausrichten. Die SP ist froh, wenn die Stadt bei der Bildungsdirektion immer wieder nachhakt, schildert wie es vor Ort aussieht und sich für die notwendige Unterstützung der Mitarbeitenden einsetzt. Die SP dankt dem Stadtrat für alle Informationen und die gute Auflistung der Projekte. Das zeigt, dass die Stadt auf einem guten Kurs ist und sogar einige freiwillige Projekte verwirklicht hat. Logisch ist, dass eine Stadt wie Winterthur sich an Schulversuchen beteiligt.

Stadträtin P. Pedergnana: HarmoS hat im Kanton Zürich nicht viel verändert. Es bedeutet lediglich, dass das Eintrittsalter von Kindergartenschülerinnen und Schülern um 3 Monate vorverlegt wird – verteilt auf 6 Jahre. Die integrierte Förderung ist zu Recht angesprochen worden. Das ist tatsächlich der Paradigmawechsel in der Schule, wenn man anfängt Schülerinnen und Schüler integrativ in den Regelklassen zu fördern und sie nicht mehr einfach separiert. Die integrative Förderung ist in Töss erfolgreich umgesetzt worden. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass von guten Erfahrungen berichtet werden kann. Trotzdem ist die integrative Förderung im übrigen Teil der Stadt noch eine grosse Herausforderung. Es verlangt allen Beteiligten einiges ab. Der Unterricht muss anders ausgerichtet werden. Er muss so gestaltet werden, dass er jedem Kind gerecht wird. Die Zusammenarbeit zwischen den Lehrpersonen und den Fachleuten hat sich verändert. Der Stadtrat versucht sein Möglichstes um alle Beteiligten zu unterstützen. Die Schulbehörden und das Departement leisten Unterstützung. Der Stadtrat ist auch in Verhandlungen mit dem Kanton, so dass in Winterthur noch mehr Ressourcen in die integrative Förderung investiert werden können. Mit der integrativen Förderung ist der Fokus eher auf die leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler gerichtet. Mit Exploratio konnte nur ein kleiner Teil der Kinder erreicht werden, die speziell leistungsbereit oder leistungsfähig sind. Die Zentralschulpflege diskutiert jetzt ein Konzept, das diesen Schülerinnen und Schülern besser gerecht werden kann. Das bisherige Modell befriedigt nicht. Jetzt werden die speziell guten Schülerinnen und Schüler – primär wenn sie verhaltensauffällig werden – einen halben Tag pro Woche ins Exploratio geschickt. In der Regel sind das einige begabte Knaben. Den Rest der Woche verbringen diese Kinder in ihrer Schulklasse. Auch diese Schülerinnen und Schüler sollen die ganze Woche einen Unterricht geniessen, der ihnen gerecht wird.

Vizepräsidentin Y. Beutler: Damit wird die Interpellation als erledigt abgeschrieben.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2008/006: Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Schwimmsport in Winterthur

E. Wettstein (SP) dankt im Namen der SP-Fraktion für die gute und ausführliche Interpellationsantwort. Eine repräsentative nationale Umfrage hat gezeigt, dass Schwimmen zu den beliebtesten bewegungsaktiven Tätigkeiten gehört. Schwimmen ist gesund. Das weiss man schon lange. Es braucht aber eine gute Bäderinfrastruktur. Die Interpellation zeigt, Winterthur besitzt die entsprechenden Anlagen. An diesen muss aber laufend gearbeitet werden. Die Antwort zu Frage 1 zeigt, was im Hallenbad alles gemacht werden muss. In drei Etappen soll das Hallenbad wieder auf den neuesten Stand gebracht werden. E. Wettstein hofft mit einem bis dahin wieder offenen Restaurant.

Auch die längerfristigen Entwicklungsmöglichkeiten sehen vielversprechend aus – Ersatz der Sauna, eventuell ein Dach für das Aussenbad, eine moderne Rutschbahn, ein Sprungbecken etc. Auf die Art wie das Aussenbad überdacht werden soll, ist E. Wettstein gespannt. Gibt es eine Ballonhalle wie in Schaffhausen oder eine andere Art der Überdachung? Die Antwort zur Frage 2, zum Schwimmbad Oberwinterthur, ist zu kurz geraten. Man erhält das Gefühl, die Planung stehe noch immer am Anfang oder man trete an Ort. Man hört auch von Widerstand der Genossenschaft gegen ein Naturbad. Die Bevölkerung wolle einfach das Bad renovieren und sonst nichts. Man hört aber auch, dass eine Parkanlage entstehen soll, vielleicht kann der Stadtrat zu diesen Fragen noch aktuelle Ergänzungen liefern. Die Sauna ist

noch immer rentabel. Eine grössere Investition in eine Saunaanlage mit Blockhaus – wie dies früher geplant worden ist – wäre eine schöne Ergänzung zum städtischen Zentralbad und würde sich sicher lohnen.

Erfreulich ist, dass durch das Sportamt überprüft wird, wie der Schwimmunterricht an den Schulen verbessert werden kann. Auch ein quantitativer Ausbau kann nur unterstützt und begrüsst werden. Dass in den dritten Klassen nur 10 % der Kinder die geforderten 15 Meter schwimmen können, ist bedenklich, denn an Bademöglichkeiten fehlt es in Winterthur nicht. Die Stadt hat mit der Schwimmanlage Geiselweid als möglichen Standort für ein nationales Leistungszentrum, einen Trumpf in der Hand. Der Verband hat verschiedene Standorte evaluiert. E. Wettstein hofft, dass der Standortentscheid zugunsten von Winterthur fallen wird. Jetzt ist aber Uster in der Poolposition. Die Stadt kann aber noch immer hoffen, dass sich der Verband letztendlich für Winterthur entscheiden wird. So könnten die Mittel des Verbandes zur Vergrösserung der Wasserfläche genutzt werden oder für eine allfällige Überdachung des Schwimmbeckens im Geiselweid. Jetzt gilt es abzuwarten, wie der Verband entscheiden wird. Dass die Schwimmanlagen nur eine kurze Zeit im Jahr genutzt werden können, hängt mit dem Klima zusammen. Trotz Klimawandel regnet es in unseren Breitengraden noch immer recht viel. Eine Öffnung der Parkanlagen der Freibäder zwischen September und Mai ist anzustreben, sofern die Problematik mit der Haftung und der Sicherheit geklärt werden kann. Auch das Freibadareal im Geiselweid wird von Kindern aus dem Quartier benutzt. E. Wettstein ist sich nicht ganz sicher, wie wohl es den Eltern dabei ist, wenn das Naturbad nicht abgesperrt ist. Er dankt im Namen der Fraktion für die gute Interpellationsantwort.

St. Nyffeler (SVP) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Zu den Fragen 1, 3, 5 und 6: Die Erweiterungsbauten, wie auch der direkte Zugang zum Restaurant oder die Sanierung des Garderobenbereichs machen das Schwimmbad Geiselweid sicherlich attraktiver. Die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten wie eine Winternutzung des Aussenbereichs oder ein neuer Saunabereich, welcher das Betriebsergebnis verbessern könnte, sind ansprechend. Auch die anderen genannten möglichen Massnahmen zeigen auf, dass im Geiselweid noch Entwicklungspotential vorhanden ist. Die Frage ist aber, was kostet das und wie beziehungsweise von wem soll das finanziert werden, ist doch die Zukunft in Bezug auf die Entwicklung der Finanzen sehr ungewiss. Der Kostendeckungsgrad ist im Geiselweid zurzeit abnehmend und der Kostenüberschuss pro Eintritt steigt stetig an. Das Projekt des Stadtrates, ein nationales Leistungszentrum für den Schwimmsport nach Winterthur zu holen, ist attraktiv. Wenn so gleichzeitig mit dem möglichen Leistungszentrum – auch wenn Uster jetzt gut im Rennen liegt – der Schwimmsport im Geiselweid mit Fremdmitteln gefördert und so auch der Badespass für die Bevölkerung attraktiver gestaltet werden kann, ist das eine gute Sache. Wichtig erscheint bei einer solchen Planung, dass das Schwimmbad Geiselweid mit möglichen längerfristigen Entwicklungen und den dadurch entstehenden gehobenen Leistungen auch bessere Gewinne beziehungsweise einen besseren Kostendeckungsgrad erzielen kann.

Frage 2: Es ist wichtig, dass die Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur vorangetrieben wird, so dass auch dieser Stadtteil wieder ein ansprechendes Bad erhält, das den heutigen Anforderungen Rechnung trägt. Frage 4: Das Schulangebot in Bezug auf das Schwimmen ist ausbaufähig. Ein Ausbau des Schwimmunterrichts, ausgedehnt auf die erste bis neunte Klasse, ist sinnvoll, so dass die Schülerinnen und Schüler eine längere regelmässige Schwimmausbildung über alle Stufen verteilt erhalten könnten. Das wäre auch ein Ausgleich zu den kopflastigen Schulstunden. Aber auch hier liegt es letztendlich an den Eltern, ihr Kind in einen der unzähligen Angebote der Schwimmschulen oder Vereine auf privater Basis zu schicken oder den Kindern das Schwimmen selber beizubringen. Das Schulangebot kann immer nur unterstützend sein. Frage 7: Die Problematik der Haftung im Aussenbecken wird durch den Stadtrat in der Antwort zur Frage 7 am Schluss noch angesprochen. Die SVP sieht hier – entgegen der stadträtlichen Aussage – keinen Unterschied und keinen anderen Spielraum zwischen einem Bassin und einem Naturbecken, falls jemand in einer städtischen Schwimmanlage ertrinken sollte. Eine Absperrung wäre sicher sinnvoll.

U. Dolski (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und nimmt diese weitgehend im positiven Sinn zur Kenntnis. Insgesamt erachtet die CVP das Angebot an Schwimmsportanlagen in Winterthur als ausreichend. Die einzelnen Objekte sind nach und nach Instand gesetzt worden, beziehungsweise sie werden noch in Stand gesetzt und modernisiert. Dabei wurde den ökologischen Bedürfnissen der Kundschaft mit der Erstellung des Naturbades im Schwimmbad Geiselweid Rechnung getragen. Vordringlich ist für die CVP-Fraktion das Schwimmbad Oberwinterthur, als letztes Bad, das noch saniert werden muss. Das darf nicht erst 2011/2012 der Fall sein. Die CVP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die frisch renovierten Schwimmsportanlagen durch regelmässigen Unterhalt so Instand gehalten werden, dass Abbruchruinen wie im Geiselweid der Vergangenheit angehören. Frage 1: Aus den angegebenen Bauetappen ist nicht ersichtlich in wie weit die geplanten Bauarbeiten die betriebliche Nutzung einschränken. Es ist unabdingbar, dass diese Bauarbeiten möglichst in publikumsarmen Zeiten durchgeführt werden. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen frühzeitig informiert und insbesondere den Schwimmsportvereinen müssen Alternativen aufgezeigt werden. Eine Entlastung könnte die Überdachung des Olympiabeckens bieten. Das bestätigen auch die Vertretungen der Schwimmsportvereine und des Dachverbandes Winterthurer Sportler. Entsprechende Möglichkeiten zur Überdachung werden geprüft – abgesehen von einer Ballonüberdachung ist auch eine Überdachung aus Plexiglas möglich. Die übrigen längerfristigen Entwicklungsmöglichkeiten gehören zur Kategorie nice to have. Sie zeigen gute Perspektiven auf, sind aber weniger vordringlich. Anstehende Sanierungen sollten erste Priorität haben. Erfreulich ist, dass der Sicherheit eine hohe Priorität eingeräumt wird und die Sanierung des Flachdaches des Hallenbades Geiselweid vorgezogen worden ist. Frage 2: Im Falle der Sanierung des Schwimmbades Oberwinterthur stellt sich einzig die Frage wie lange noch. Die CVP glaubt nicht, dass die Schwimmbadgenossenschaft und die Nutzerinnen und Nutzer mit den wenig ehrgeizigen Zielen leben können. Frage 3: Der aktuelle Stand der vom Departement Schule und Sport getroffenen Abklärungen in Bezug auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis einer moderneren Saunaanlage im Hallenbad Geiselweid interessiert die CVP. Die Saunaanlage ist für die Gesamtanlage wichtig, besitzt aber nicht oberste Priorität. Frage 4: Eine qualitativ verbesserte Schulung der Schulkinder ist wichtig, das bedingt entsprechend verfügbare Wasserflächen, was für die Überdachung des Aussenbeckens im Schwimmbad Geiselweid sprechen würde. Fragen 5 und 6: Gemäss laufendem Bewerbungsverfahren für ein nationales Leistungszentrum ist der Entscheid noch offen. Welche Antwort hat der Stadtrat in der Zwischenzeit erhalten? Den Medien konnte entnommen werden, dass das Projekt auf gutem Weg ist. Frage 7: In Bezug auf weitere Naturbecken schlägt die CVP eine gemächlichere Gangart vor und würde es begrüßen, wenn die Kinderkrankheiten des ersten Winterthurer Naturbades zuerst ausgemerzt würden. Insbesondere müssen die Rutschgefahr beseitigt und die Sicherheit verbessert werden. Dasselbe gilt für die freie Zugänglichkeit der Anlagen im Winter. Die Wasserflächen – zurzeit sind es Eisflächen – direkt vor der Haustüre von vielen Familien mit kleinen Kindern und direkt neben dem Kindergarten sind gefährlich und müssen gesichert werden.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Winterthur braucht ein überdurchschnittlich gutes Angebot an Schwimmbädern, weil die Stadt nicht an einem natürlichen Gewässer liegt, das zum Baden geeignet ist. Gute Angebote sind vorhanden. Erfreut ist die Grüne/AL-Fraktion über die Sanierung des Schwimmbades Geiselweid – vor allem vom innovativen Entscheid für das Naturbad, auch wenn dieses Bad noch unter einigen Kinderkrankheiten leidet. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat den Trend zu weniger Chemie- und Energieeinsatz weiterverfolgt und auch bei der Sanierung des Freibades Oberwinterthur umsetzt. Neben der Bäderplanung soll auch der Saunaplanung ein wichtiger Platz eingeräumt werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt den rentierenden Teil – also die Sauna – einfach den Privaten überlässt. Die Attraktivität der Bäder wird durch eine Sauna erhöht.

Die Antwort zur Frage 6 hat Diskussionen ausgelöst. Gegen eine Winterüberdachung des Olympiabeckens des Freibades Geiselweid wird sich die Grüne/AL-Fraktion wehren. Diese provisorischen Überdachungen sind reine Energieschleudern und vom Badekomfort her ungenügend. Zudem sind sie einer Energiestadt, die mit einem Goldaward ausgezeichnet worden ist, unwürdig. Zusätzlich schlägt sich der hohe Energieverbrauch auch auf die Betriebs-

kosten durch. Wenn die Kapazität erhöht werden soll, dann durch eine Erweiterung des Hallenbades Geiselweid. Diese Erweiterung soll im Rahmen der geplanten Hallenbadsanierung berücksichtigt werden.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Planung und Etappierung der Sanierung des Hallenbades Geiselweid wird klar dargelegt und ist laufend entsprechend den Bedürfnissen angepasst worden. Die Bescheidenheit der aktuellen Sauna und das Potential eines attraktiveren Angebots wurden erkannt. Die Idee einer Überdachung gefällt gut. Bei den Fähigkeiten der Schüler ab der 4. Klasse besteht offensichtlich Handlungsbedarf. Eine schwimmerisch klare Leistung oder Fähigkeit sollte definiert und mit den entsprechenden Massnahmen durchgesetzt werden. Ein Schweizerisches Schwimmsportzentrum für Leistungssport in Winterthur wäre super. Die Voraussetzungen dafür sind im Sommer sehr gut, für den Winterbetrieb stellt sich die Frage, ob das aktuell verfügbare Platzangebot den Anforderungen für Spitzenschwimmer aber auch für Freizeitschwimmer genügt. Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Stadtpräsidentin P. Pedernana nimmt die Aufforderung ernst sich kurz zu fassen. Sie dankt allen Ratsmitglieder, die dem Schwimmen einen so hohen Stellenwert einräumen. Sie wünscht sich, wenn es darum geht bei den Investitionen Prioritäten zu setzen – alle wissen, dass für den Verkehr und die Sicherheit ohnehin Handlungsbedarf besteht, schwimmen hingegen gehört zum Wunschbedarf – dann wünscht sich die Stadträtin, dass sie mehr Geld zur Verfügung haben wird.

Vizespräsidentin Y. Beutler: Die Interpellation betreffend Schwimmsport in Winterthur wird als erledigt abgeschrieben.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2005/139: de la Fuente geb. Guerrero Sandra Patricia, geb. 1975, kolumbianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. B2007/157: Halili geb. Ademi Sulltone, geb. 1967, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

3. B2007/162: Rusiti Vaid, geb. 1960 und Ehefrau Rusiti geb. Emini Fatime, geb. 1956, mit Kind Argend, geb. 1995, mazedonische Staatsangehörige

B. Dubochet (Grüne/AL): Herr und Frau Rusiti mussten zurückgestellt werden, weil ein einfaches Gespräch nicht möglich war aufgrund ungenügender Deutschkenntnisse.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

4. B2008/010: Milosavljevic Miroslav, geb. 1955, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

5. B2008/144: Ganiji geb. Veselji Hajrije, geb. 1986, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2008/161: Demiri Mehrum, geb. 1977, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2008/199: Ahmeti Isuf, geb. 1973 und Ehefrau Ahmeti geb. Qehaja Artina, geb. 1978, mit Kindern Hysen, geb. 2003 und Sami, geb. 2008, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2008/200: Braunhofer Peter Götz Alfred, geb. 1958, deutscher Staatsangehöriger

Noch nicht behandlungsreif

9. B2008/201: Erol Nurcan, geb. 1969, mit Kindern Bayraktar Yesim, geb. 1990, Bayraktar Yasemin, geb. 1995 und Bayraktar Yagmur, geb. 2000, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2008/202 Görmez geb. Özdemir Ümüt, geb. 1982, türkische Staatsangehörige

P. Dennler (SP): Die Gesuchstellerin hat kurz vor der Befragung einem Knaben das Leben geschenkt und war noch nicht ganz zurück auf der Erde. Sie konnte die Fragen nicht gut beantwortet und muss sich in einem halben Jahr erneut der Befragung stellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

11. B2008/203: Jaksic Miodrag, geb. 1968 und Ehefrau Jaksic geb. Jovancevic Zeljana, geb. 1977, mit Kind Sofija, geb. 2006, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2008/204 Janevski Ivica, geb. 1977, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2008/306: van Westendorp Annick, geb. 1993, niederländische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2008/339: Jeylani Barka, geb. 1960, somalische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

W. Langhard (SVP)

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

Katharina Lang